

## Sozialismus – Geschichte und Perspektive

*Frank Deppe: SOZIALISMUS. Geburt und Aufschwung – Widersprüche und Niedergang – Perspektiven, VSA: Verlag, Hamburg 2021, 363 S., 29,80 Euro*

Wer nach 1990 über den Sozialismus schreibt ist immer dazu gezwungen zu begründen, warum der Mauerfall nicht der Grabstein für den Sozialismus insgesamt war. So geht es auch Frank Deppe in seinem Buch *SOZIALISMUS*. Doch durch die Entwicklung der letzten Jahre, in denen der positive Bezug auf den Sozialismus gerade in den angelsächsischen Zentren des Kapitalismus eine Renaissance erlebte (328 ff), kann auch Deppe mit einer neuen Selbstverständlichkeit über ihn schreiben. Dabei merkt man auch eine gewisse Genugtuung bei seiner Feststellung, dass sein einsamer Ruf in der Wüste 1991, den liberalen Kapitalismus nicht für das Ende der Geschichte zu halten, richtig war (9).

Wenngleich der Zusammenbruch des Staatssozialismus Deppes Einstieg ist, bleibt er nicht der einzige Fluchtpunkt in seinem Buch. Der emeritierte Marburger Hochschullehrer schafft es, die jahrhundertelange Geschichte des Sozialismus als Bewegung und nicht nur als einfache Aneinanderreihung von Daten, Ereignissen und Ideen zu beschreiben. Ihm gelingt es, die realgeschichtlichen und ideengeschichtlichen Entwicklungen in ihren Tendenzen zu erfassen und auf die Kristallisationspunkte, in denen sie sich verdichten, zu fokussieren: Die Revolutionen des 19. Jahrhunderts, die Spaltung der Arbeiterbewegung und die

Machtgewinne von Bolschewiki und Sozialdemokratie im frühen zwanzigsten Jahrhundert, der Zusammenbruch von 1990 und eben die Renaissance nach der Finanzkrise von 2008. Dieser Fokus ist - Resultat seines Anspruchs, keine „kurze Geschichte des Sozialismus“ zu schreiben, sondern ausgewählte Problem zu behandeln. (18)

Deppe schafft es hervorragend, die Entwicklung des Sozialismus immer auch als Entwicklung aus realgeschichtlichen Bewegungen zu betrachten, die er mit einem detaillierten Quellenstudium nachzeichnet. Allerdings macht das Bemühen, die Entwicklung der Ideen aus ihrer Zeit heraus darzustellen, den Text manchmal etwas langatmig, und die Abschnitte über allgemeine Geschichte sind aus Sicht des Rezensenten zu ausführlich. Mut zu kurzen Skizzen hätte dem Buch an diesen Stellen gut getan. Dann läge der Fokus klarer auf der Darstellung der Entwicklung des Sozialismus als Gegenbewegung zur bürgerlichen Gesellschaft.

In den so gesparten Seiten wäre dann auch der Raum für einige interessante Nebenstränge der sozialistischen Bewegung gewesen, die mögliche Alternativen aufzeigen können. So tauchen etwa der jugoslawische Sozialismus (243) oder die linkssozialistischen Zwischengruppen nur am Rande oder sogar nur in Fußnoten auf. Diese Leerstellen mögen ein Wermutstropfen für Theorienerds sein, sie sind aber für die meisten Leser\*innen sicherlich gut verkraftbar, da es Deppe umso besser gelingt, die Entwicklung der Hauptströmungen strukturiert darzustellen und ihre Antworten auf die historischen Probleme ihrer Zeit ver-

ständig durchzuargumentieren.

Der Text fokussiert nicht nur auf eine Traditionslinie, wie es in linker Traditionspflege leider viel zu oft vorkommt. Vielmehr schafft er es, Parteikommunismus, Sozialdemokratie, Anarchismus und Antiimperialismus der Peripherie als strategische Antworten auf die Probleme der kapitalistischen Gesellschaft zu skizzieren. Genau so breit wie das Feld der dargestellten Hauptströmungen ist auch das Spektrum der zitierten Denker\*innen. Die ausführliche Darstellung, die von trotzkistischen über sozialdemokratische bis hin zu postoperaistischen Positionen reicht, zeigt, dass es ihm um eine wirkliche Betrachtung des Sozialismus als ideologische Großströmung geht.

Dabei bleibt Deppe nicht beim Beschreiben von Positionen und Strategien stehen, sondern wertet auch die Errungenschaften und Misserfolge aus. Er wirft seinen Blick auf sozialdemokratische Erfolge (das schwedische Volksheim, 111 f) und Niederlagen (das Scheitern der *British road to socialism* 1945, 158 ff), auf staatssozialistische Erfolge, durch die Millionen Menschen aus extremer Armut und Analphabetismus befreit werden konnten (262) und natürlich auch auf die bekannten Erstarrungen und stalinistischen Verbrechen. Insgesamt zieht das Buch so eine nüchterne Bilanz der von Sozialdemokratie und Parteikommunismus im 20. Jahrhundert realisierten gesellschaftlichen Veränderungen. Beide haben im politischen Kampf letztlich nicht gewonnen, aber es doch zwischenzeitlich geschafft, den Kapitalismus deutlich zu zivilisieren, beziehungsweise die Produktion auch ganz real zum Wohle

der Menschen zu gestalten. Das macht umso bewusster, welche katastrophalen Folgen heute die Schwäche der Kommunist\*innen und die Aufgabe des Sozialismus als Ziel durch die Sozialdemokratie haben. Jetzt hat der Kapitalismus keine ernste systemverändernde Bedrohung mehr und es fehlt nicht nur utopischer Überschuss, sondern selbst eine mäßigende Korrektur.

Vor diesem Hintergrund ist seine Mahnung, die Partei als Organisationsform nicht vorschnell abzuschreiben, zu verstehen, denn sie kann „auch unter schwierigen Bedingungen Kontinuität und [...] strategische Erkenntnisse über die Veränderung der Kampfbedingungen vermitteln.“ (311) Gerade in diesen Tagen, in denen die deutsche Linkspartei sich in einer existenziellen Krise befindet, sind dies wichtige Worte der Mahnung gegenüber zu vorschneller Kritik an vermeintlich überholten Konstrukten.

Insgesamt hat Frank Deppe ein Buch vorgelegt, das nicht nur für Einsteiger\*innen einen hervorragenden Überblick gibt, sondern auch für erfahrene Theorieners mit seiner breiten Diskussion der sozialistischen Hauptströmungen manch neue Denkansätze bieten kann. Die Kapitel sind relativ lang und manchmal beinahe essayistisch auf die wichtigen Fluchtpunkte ausgerichtet. Es ist kein Nachschlagewerk, um auf die Schnelle nachzuschauen, was Sozialist\*in X zu Frage Y im Jahr Z gesagt hat, sondern ein Buch, das es lohnt, von vorne bis hinten gelesen zu werden.

Jakob Migenda

## Marxsche Fundgrube

*Konrad Lotter: Anatomie der Gegenwart, Beschleunigung, Nachhaltigkeit, Utopie und Fortschritt aus dem Blickwinkel von Marx, Kassel 2021: Mangroven Verlag, 194 Seiten, 18.00 Euro*

In „Prinzip Hoffnung“ rühmt Ernst Bloch 1959 die Atomkraft, die „aus Wüsten Fruchtbland, aus Eis Frühling“ schaffen, „Sibirien und Nordkanada, Grönland und die Antarktis zur Riviera ... verwandeln“ kann und Energie zur Verfügung stellt, die „sonst in Millionen von Arbeitsstunden gewonnen werden müsste“. Das alles sei freilich erst unter der Bedingung einer „Atmosphäre der Friedens“ möglich, also erst im Kommunismus (127). Ein besonders krasses Beispiel für Produktivkraft-Utopien, wie sie in der Marxschen Tradition immer wiederzufinden sind. Bei Marx und Engels waren es noch die Post, die Telegrafie und die Eisenbahn, die nach einer neuen Eigentumsordnung verlangen. Heute zeigen sich die Grenzen des privaten Eigentums an Produktionsmitteln an immer mehr Stellen, die alle irgendwie mit der fortschreitenden Bedeutung der Wissenschaft als Produktivkraft zu tun haben (127–135): an der Problematik des geistigen Eigentums (Urheberrecht, Produktpiraterie), an der Verselbständigung der Finanzindustrie, also der Trennung des Eigentums von seiner Erzeugung (Möglichkeit der Enteignung ohne Störung des Wirtschaftsgeschehens), an der Industrie 4.0 (Möglichkeit der computergesteuerten Selbstorganisation von Produktion und Zirkulation), an den wachsenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals (sinken-

de Kaufkraft von immer größeren Teilen der Bevölkerung, Abwrackprämien und Negativzinsen zur Absatzbeschleunigung) und nicht zuletzt, an den ökologischen Verheerungen auf unserem Planeten. Die „Sprengung der Fesseln“ müsste eigentlich auf der historischen Tagesordnung stehen.

Produktivkraftentwicklung, Eigentumsverfassung und soziale und ökologische Grenzen des Kapitalismus – das ist nur ein Themenkomplex des neuen Buches von Konrad Lotter, das er als „eine etwas andere Einführung in die marxistische Theorie“ (9) versteht. Lotter ist (Mit-)Herausgeber der Zeitschrift „Widerspruch – Münchner Zeitschrift für Philosophie“ und unter anderem Mitautor des bekannten Marx-Engels-Lexikons (erste Auflage 1984 bei C.H. Beck). „Anatomie der Gegenwart“ enthält 12 Aufsätze des Autors aus den vergangenen vier Jahrzehnten, die sich alle auf die Fruchtbarkeit des Marxschen Werkes für unsere Gegenwart beziehen. Das Buch greift in nicht systematischer Reihenfolge eine Vielzahl von Autoren auf, die sich entweder selbst explizit auf Marx berufen oder aber, manchmal sogar gegen Marx gerichtet, Themen behandeln, die im aktuellen kapitalismuskritischen und damit indirekt auch auf Marx bezogenen Diskurs bedeutsam sind: soziale Ungleichheit, Nachhaltigkeit, Zeit, Wucherkapital, Fortschritt, Theorie-Praxis-Bezug, Anpassung in der Arbeitswelt, Wachstum, Stabilität und Krise, Ideologie, Wissenschaft und Positivismus, Meinungs- und Pressefreiheit im Kontext von Menschenrechten und die Börse als zentraler Ort, an dem sich der Gegensatz zwischen der „zunehmenden Geschwin-

digkeit“ der kapitalistischen Akkumulation und Zirkulation und der „Langsamkeit der Ausdehnung des Marktes für diese vermehrten Produkte“ (190) besonders anschaulich studieren lässt.

Drei Erkenntnisse der „Anatomie der Gegenwart“ sollen an dieser Stelle kurz aufgegriffen werden, weil sie in der Prägnanz, wie sie Lotter hier formuliert, auch das Marx-Verständnis des Rezensenten erweitert haben.

Im Zusammenhang mit dem Theorie-Praxis-Bezug ordnet Lotter das Werk von Marx historisch ein. Während Hobbes, Kant, Hegel und Rousseau die bürgerliche Gesellschaft als Aufstiegs Geschichte vom Naturzustand zum Gesellschaftsvertrag erzählen, beschreibt Marx sie als Abstiegs- und Zerfallsgeschichte. Erst die freie Konkurrenz, so versteht Lotter Marx, bringe jenen „Naturzustand“ hervor, „den die Naturrechtslehrer (in Form von ‚Robinsonaden‘) als den Anfang der Geschichte konstruierten“ (99). Während Aufstiegs Geschichten „Rückenwind“ für die politische Praxis seien, könne die Marxsche Theorie der „Dekadenz“, des Zerfalls der bürgerlichen Wirtschaft und Gesellschaft in ihre Teile, kaum mehr als Einheit von Theorie und Praxis verstanden werden. Marx liefere eher den „Gegenwind“, der damals und erst recht heute für die Praxis die Priorität begründe, alles dafür zu tun, dass der „selbstläufige Prozess“ des Kapitalismus mit all seiner Gewalttätigkeit unter menschliche Kontrolle gebracht werden kann (102).

Wer sich mit Marx und Engels befasst, kann unschwer erkennen, dass sich die Welt des Bürgertums durch eine gigantische Beschleunigung der

Geschichte auszeichnet. „Alles Stehende und Ständische verdampft“, heißt es so plastisch im Kommunistischen Manifest. Im „Kapital“ präzisiert Marx diese Beschleunigung an vielen Stellen (beim Wertgesetz in der einfachen Warenproduktion, bei der Produktion des relativen Mehrwerts, bei der organische Zusammensetzung des Kapitals, beim Kredit usw.), die Lotter präzise rekonstruiert. Trotz der sich im Prozess der Beschleunigung ausdrückenden linearen Zeitlichkeit zeigen sich im Prozess des Kapitals auch jede Menge Zyklen ( $G - W - G'$ , Zirkulation, Konjunktur). Wo lineare und zyklische Prozesse zusammenkommen, ergeben sich Spiralen, die im Kontext der Verfallsgeschichte des Kapitalismus letztlich nach unten gerichtet sind. Spiralen beschreiben, in den Worten von Ludwig Klages, die „Wiederkehr des Ähnlichen“ (103). Diese Wiederkehr wäre eigentlich jener Modus der Veränderung, den auch die Natur mit ihren Kreisläufen und Rhythmen seit dem Urknall hervorgebracht hat und der ihr ihre einzigartige Stabilität bei gleichzeitiger Kreativität verleiht. Das Problem des Kapitalismus besteht nur darin, dass er sich, je weiter er sich entwickelt, von der Natur abkoppelt und Lebendiges, wie Lotter treffend feststellt, in Totes verwandelt (lebendige Arbeit des Menschen, tote Arbeit der Maschinen). In Bezug auf die lineare Zeitdimension zeigt sich diese Abkopplung im Übrigen in der systematischen Unterwerfung der Zukunft unter die Vergangenheit (101) – im Klartext also als Zerstörung von Freiheitsräumen.

Weil Kapitalismus und Zeit so eng zusammenhängen, greifen politische

Praxisansätze, die die kapitalistische Beschleunigung nur begrenzen und zurückdrehen wollen, die also auf „Entschleunigung“ zielen, zu kurz (57 f.). Lotter hat völlig recht, wenn er, mit Bezug einerseits auf Lenin (Revolution als Lokomotive der Geschichte) und Benjamin (Revolution als Griff zur Notbremse) dafür plädiert, den Umgang mit Zeit differenziert zu behandeln (59 f.). Manches muss langsamer werden, manches schneller. Aus materialistischer Perspektive müssten dabei jedoch, so die Ergänzung des Rezensenten, die Eigenzeiten der inneren und äußeren Natur des Menschen als Maßstab Anerkennung finden: es müssten Synchronisationserfordernisse beachtet und Resonanzmöglichkeiten geschaffen werden (vgl. Reheis, *Die Resonanzstrategie*, München 2019). Diese Überlegungen zum Zusammenhang von Kapitalismus und Zeit sind für den aktuellen Transformationsdiskurs und die politische Praxis der Linken ausgesprochen wichtig. Wenn der Kapitalismus die Springquellen allen Reichtums untergräbt, die „Erde“ und den „Arbeiter“, dann ist heute das „revolutionäre Subjekt“, so die zwingende Folgerung, nicht mehr primär das Proletariat, sondern die „Menschheit insgesamt“ (151).

Lotter's Buch ist eine wahre Fundgrube für all jene, die Marx zutrauen, das Verständnis der „Anatomie der Gegenwart“ zu beflügeln. Die Vielfalt der Aspekte und die Verständlichkeit der Sprache helfen dabei. Der Titel freilich ist etwas irritierend, erwartet man doch von einem Anatomiebuch eine gewisse übergreifende Systematik. Und an einigen Stellen brechen die Beiträge einfach ab, wo es interes-

sant werden würde – wo vielleicht Bezüge zu anderen Beiträgen oder zur politischen Praxis möglich wären.

Fritz Reheis

## „Die Bildung eines neuen geistigen Lebens im Volk suchen“

*Hans Otto Rößer: Georg Büchners politisches Vermächtnis. Was heißt „die Bildung eines neuen geistigen Lebens im Volk suchen“? – Büchners letzter Brief an Gutzkow vom 1. Juni 1836 und die Szene I,2 in Dantons Tod, Verlag Wolfgang Polkowski, Gießen, , 228 S., 22 Euro.*

Anfang Juni 1836 schreibt Georg Büchner, Straßburg, in einem Brief an seinen Förderer Karl Gutzkow, Frankfurt am Main, zwei Absätze, die – so die These Hans Otto Rößers, der ihnen ein ganzes Buch widmet – „Büchners politisches Vermächtnis“ enthalten. Zum Kontext des Briefs gehören zum einen die damals eskalierenden Angriffe des Literaturkritikers Wolfgang Menzel gegen Gutzkow und seinen Roman *Wally, die Zweiflerin*, zum anderen – allgemeiner – die politische und ästhetische Grundorientierung der (literarischen) Opposition in Deutschland. Bei aller Nähe zu Gutzkow wendet sich der 22-jährige Büchner gegen den in der literarischen Bewegung des „jungen Deutschland“ weit verbreiteten „Idealismus“ und die Vorstellung, man könne „[d]ie Gesellschaft mittelst der Idee, von der gebildeten Klasse aus reformieren?“<sup>1</sup> Selbstbewusst qualifi-

<sup>1</sup> Büchners Brief hier und im Folgenden zit. n. <http://buechnerportal.de/werke/briefe/etwa-1-juni-1836-an-karl-gutzkow-in-frankfurt-am-main/>

ziert Büchner dies als „Unmöglich!“ und entfaltet zur Begründung dieser Zurückweisung eine ausgefeilte Argumentation, deren Kern eine materialistische Zeitdiagnose ist:

„Unsere Zeit ist rein materiell, wären Sie je directer politisch zu Werke gegangen, so wären Sie bald auf den Punkt gekommen, wo die Reform von selbst aufgehört hätte. Sie werden nie über den Riß zwischen der gebildeten und ungebildeten Gesellschaft hinauskommen. / Ich habe mich überzeugt, die gebildete und wohlhabende Minorität, so viel Concessionen sie auch von der Gewalt für sich begehrt, wird nie ihr spitzes Verhältniß zur großen Klasse aufgeben wollen. Und die große Klasse selbst? Für die gibt es nur zwei Hebel, materielles Elend und religiöser Fanatismus. Jede Partei, welche dieße Hebel anzusetzen versteht, wird siegen. Unsre Zeit braucht Eisen und Brod – und dann ein Kreuz oder sonst so was. Ich glaube, man muß in socialen Dingen von einem absoluten Rechtsgrundsatz ausgehen, die Bildung eines neuen geistigen Lebens im Volk suchen und die abgelebte moderne Gesellschaft zum Teufel gehen lassen.“

Röber stellt zunächst „zwei Gemeinsamkeiten“ zwischen der Auffassung Büchners und der Haltung der durch Gutzkow repräsentierten Dichter des „jungen Deutschland“ heraus. Beide lebten im „Bewusstsein eine[r] Zeitenwende“ (28) und trafen sich im Anspruch aktiv an ihrer Gestaltung teilzunehmen (vgl. 34). Gut vierzig Jahre nach dem Beginn der großen Französischen Revolution hatte es erneut zu brodeln begonnen. Der zweite Sturz der französischen Bourbonen im Zuge der Julirevolution von 1830, der

in Frankreich die Restaurationsepoche nach dem Wiener Kongress beendete und in Europa weithin ausstrahlte, hatte den berechtigten Eindruck geweckt, Zeitgenossen einer noch ungeschlossenen Revolutionsepoche zu sein. Was dies jedoch genau bedeuten sollte, welche Fragen sich als zentral erweisen würden und welche Rolle Intellektuelle (namentlich Schriftsteller) in dieser Zeit zu spielen hätten, schien weniger eindeutig. Auch die Geister junger deutscher Dichter schieden sich an solchen Fragen. Büchner war unter ihnen nicht nur der jüngste, sondern zugleich der vielleicht konsequenteste und radikalste und dies nicht nur im Ästhetischen. Die schwere Verfolgung wegen der zwei Jahre vor dem letzten Brief an Gutzkow erschienenen politischen Flugschrift „Der Hessische Landbote“ hatte Büchners Mitautoren Friedrich Ludwig Weidig ins Gefängnis gebracht, in dem er 1837 starb, und Büchner selbst in die Flucht getrieben.

Wie Röber herausstellt gehörte Büchner – neben den älteren Ludwig Börne und Heinrich Heine – zu den wenigen Dichtern der Zeit, die sich entschieden der „sozialen Frage“ als der zentralen Konfliktlinie für kommende revolutionäre Umwälzungen zuwandte (33). Nicht nur „Der hessische Landbote“, auch die vollendeten und Fragment gebliebenen Dramen (und in vermittelter Form auch die Erzählung „Lenz“) zeugen von einem sozialen Materialismus, der in der Literatur darstellt und weitertreibt, was sich seit der Julirevolution – zunächst in Frankreich, dann zunehmend in ganz Europa – vollzog: „Während in der Großen Revolution die städtischen Volksklassen ideologisch und poli-

tisch von der radikalen Bourgeoisie abhängig blieben und daher nach dem Sturz der Jakobiner als politischer Faktor verschwanden, beginnt nunmehr in Frankreich das organisatorische, politische und ideologische Autonom-Werden des ‚Volkes‘.“ (33) Dieser Emanzipation der urbanen (teilweise auch der ländlichen Unterklassen) von den politischen Zielen des Besitz- und Bildungsbürgertums entspricht die Konkretisierung des Volksbegriffs zur Klassenfrage. Neben radikalbürgerlich-republikanische und utopisch-sozialistische Forderungen treten zunehmend die Programme einer sich allmählich konstituierenden Arbeiterbewegung.

Vor diesem Hintergrund rekonstruiert Röber Büchners Brief als Skizze eines Gegenentwurfs zur (nicht nur) im 19. Jahrhundert weit verbreiteten These, das Bürgertum verkörpere jene Kraft, die mittels Volkserziehung (reformistisch) oder durch Volksmobilisierung (revolutionär) den Weg zu einer republikanischen, klassenübergreifend geeinten Zukunft zu bahnen habe. Büchner glaubt nicht an eine solche historische Mission der besitzenden und gebildeten Klassen. Vielmehr obliege vielmehr dem (einfachen) Volk (Bauern, Arbeitern usw.) *selbst*, ein neues geistiges Leben auszubilden und in „socialen Dingen“ die Geltung eines „absoluten Rechtsgrundsatzes“ zu erstreiten. Büchner markiert damit einen Bruch mit der bisherigen *bürgerlich*-revolutionären Tradition. Zugleich hütet er sich jedoch davor, das empirisch vorfindliche „Volk“ schlechterdings zu idealisieren. Nicht nur die Revolution, die es vom Politischen ins Soziale zu treiben gelte, auch die *Aufklärung* erscheint Büch-

ner unvollendet. Allerdings lässt sich gerade Volksaufklärung nicht nach dem Modell einer Belehrung „von oben“ denken (191), sondern muss „als Resultat und Moment eines ökonomischen und sozialen Wandels, als Produkt und Erfordernis der Lebensweise einer sich ausbreitenden Klasse selbst begriffen und verständlich gemacht“ werden (191). Die „Bildung eines neuen geistigen Lebens“ ist somit ein politisch-gesellschaftlicher Wandlungs- und Selbstbildungsprozess, der im Bürgertum weder Ableitung noch Vorbild finden kann. Eine ausgearbeitete Theorie dieses Bildungs- und Lernprozesses freilich lässt sich bei Büchner, der mit 23 Jahren starb, nicht auffinden. In seinen Werken bleiben, wie Röber betont, die Spuren spärlich (194). Zumeist überwiegt wie im Woyzeck ein realistisch-pessimistischer Blick. Detailliert untersucht Röber die „Gassenszene“ (erster Akt, zweites Bild) in Büchners Stück „Dantons Tod“. Diese Szene beginnt mit einem Ehestreit zwischen dem Souffleur Simon und seiner Frau über die Prostitutionstätigkeit der gemeinsamen Tochter und steigert sich durch die Anwesenheit einiger Sansculotten, die im Eifer des Gefechts die Tötung der Freier und aller sonstigen Tugendlosen fordern, bis es beinahe dazu kommt, dass ein „junger Mensch“ an die Laterne gehängt wird, ins Politische. Befriedet wird das Ganze schließlich vom auftretenden Robespierre, der den Zorn in geordnete Bahnen lenkt und mit den Sansculotten Richtung Jakobinerklub abzieht. Nachdem alle gegangen sind, versöhnen sich auch Simon und seine Frau. In dieser Szene sieht Röber alles verdichtet: Einen realistischen (nicht

idealisierten) Blick auf das „Volk“, die doppelte Gefahr, die darin besteht vom Bürgertum, als dessen Verkörperung in der Szene Robespierre erscheint, instrumentalisiert zu werden oder anstelle eines absoluten Rechtsgrundsatzes der Lynchjustiz zum Durchbruch zu verhelfen. Zugleich identifiziert Röber jedoch auch Ansätze zu jenem „neuen geistigen Leben“, das aus der *Reflexion* der eigenen sozialen Lage, aus der Formulierung aus ihr resultierender *eigener Interessen* und aus basalen Formen der *Solidarität* erwächst (149ff.) Weit entfernt davon, Ambivalenzen eindimensional aufzulösen, zeigt Büchner so gerade am historischen Beispiel das Unabgeschlossene des „geistigen“ wie „materiellen“ Emanzipations- und Selbstbildungsprozesses auf.

Im letzten Absatz des Buchs zieht er Bilanz: „Es gibt keine guten Fürsten, die ihren Bauern jeden Sonntag ein Huhn in den Topf legen, und es gibt keine Garantien gegen die Fehlleitung produktiver, ‚politischer‘ Bedürfnisse. Daher müssen die ‚Bildung eines neuen geistigen Lebens‘ und politische Bildung zusammenkommen, und zwar nicht als Volkshochschulprogramm, sondern vermittelt durch und als Momente eingreifender sozialer und politischer Praxis.“ (212) Büchners Forderung nach einem neuen geistigen Leben und einem absoluten Rechtsgrundsatz in „socialen Dingen“ ist bis heute nicht erfüllt. Um die Kräfte, die sie in eingreifender Praxis verkörpern und programmatisch füllen können, stand es schon einmal besser. Doch auch diese Geschichte ist noch nicht abgeschlossen ...

David Salomon

## Pfade des Sozialismus

Uli Schöler: „*Despotischer Sozialismus*“ oder „*Staatssklaverei*“? Die theoretische Verarbeitung der sowjetrussischen Entwicklung in der Sozialdemokratie Deutschlands und Österreichs (1917–1929), 2 Bände. Karl Dietz Verlag Berlin, 2. erw. Aufl. 2021, 984 Seiten, 49,90 Euro

Als Uli Schölers zweibändige Druckfassung seiner politikwissenschaftlichen Dissertation 1991 in Münster erstmals erschien, befand sich ihr Untersuchungsgegenstand, die Sowjetunion, im Prozess der endgültigen Implosion. Dieses Paradoxon nahmen die Einen zum Anlass, jedwede Sozialismusvorstellung für obsolet zu erklären, Helga Grebing indes blickte voraus und lobte den Autor dafür, dass er verdeutlicht habe, „dass es sich immer noch lohnt, dem Ausmaß der legitimatorischen Verweltanschaulichung Marxschen Denkens zum jeweiligen historischen Materialismus nachzuspüren, daß es sich lohnt, Marxsches Denken aus der Umklammerung durch apologetische Ansprüche wie zuletzt des gefrorenen Marxismus-Leninismus wieder zu befreien.“ (Band 1/S. 21) 30 Jahre nach der Erstpublikation dieses opulenten Werkes hat sich für Uli Schöler keineswegs die Einsicht geändert, dass linkes Denken emanzipatorisches Denken ist und es sich deshalb stets lohnt, in Perioden zurückzuschauen, die Wege beschritten, die uns heute fernliegend erscheinen, aus denen sich aber relevante Schlüsse für ein zukünftiges emanzipatorisches Projekt ziehen lassen.

Schöler ist mittlerweile Vorstandsvorsitzender der „Bundeskanzler-Willy-

Brandt-Stiftung“ und hat sich in den vergangenen Jahrzehnten seit seinem Engagement bei den Jungsozialisten in der SPD einen Namen als Kenner des Wirkens von Wolfgang Abendroth, Rosa Luxemburg oder des Linkssozialismus und Austromarxismus gemacht. Und tatsächlich bewegen sich die Fragestellungen und Debattenbezüge der Studie zwischen diesen inhaltlichen Profilen, wesentlich auch zwischen den Positionierungen Otto Bauers und Karl Kautskys. Letzterer nahm Entwicklungen im frühen Sowjetrußland, vor allem den Arbeitszwang, als „Staatsklaverei“ ins Visier. Otto Bauer, der Theoretiker der österreichischen Sozialdemokratie der Zwischenkriegszeit, sah in der Herrschaft der Bolschewiki einen „despotischen Sozialismus“ entstehen. Spannend waren nicht zuletzt die divergenten Prognosen Bauers und Kautskys. Kautsky ging von einem zwangsläufigen Scheitern des leninistisch geprägten Aufbaus des Sozialismus in Sowjetrußland aus, Bauer jedoch erblickte Chancen einer nachträglichen Demokratisierung und befand sich damit in der Nachbarschaft der linken Menschewiki. Diese beiden polaren Sichtweisen, jeweils hegemonial in den beiden sozialdemokratischen Parteien SPD und SDAP, formten komplette neue Integrationsideologien, in der SPD den breit gefächerten Reformismus mit seinem antileninistischen Reflex, in der Sozialdemokratie Österreichs den Austromarxismus, der sich nicht so strikt vom Kommunismus abgrenzte. Mit Blick auf die sich im zeitlichen Kontext der Studie vollziehende Politik von Glasnost und Perestrojka in der Ära Gorbatschow eröffnete sich quasi der

Lackmustest für die Validität der Positionen Kautskys und Bauers ebenso wie für die Entwicklungsfähigkeit des Sozialismus in der UdSSR selbst.

Die Oktoberrevolution 1917 bildet den historischen Ausgangspunkt für die politikwissenschaftliche Untersuchung, in der die (M)SPD, die Menschewiki, die USPD, Spartakus bzw. KPD sowie die SDAP einbezogen sind. An verschiedenen Kreuzungspunkten der Realentwicklung zieht Schöler neben Bauer und Kautsky die Positionen Rosa Luxemburgs, Rudolf Hilferdings, Paul Levis zurate. Immer aber widerspiegeln diese Kreuzungspunkte historische Auseinandersetzungen oder Zäsuren, so die Bauern- und Agrarfrage, den Separatfrieden von Brest-Litowsk, den „Kriegskommunismus“, die Diktatur des Proletariats, den Terror, aber auch die Auseinandersetzungen um die Internationale (Band I). Die ideologisch-programmatischen Konflikte über den Weg Sowjetrußlands bzw. der Sowjetunion und innerhalb der deutschen und österreichischen Linken sowie die NEP finden sich vorwiegend in Band II.

Bevor er auf die Reaktionen der genannten sozialistischen Parteien rekurriert, erinnert Schöler an die im Laufe der Jahrzehnte gewachsene Skepsis bei Marx und vor allem Engels über die Möglichkeit der „Abkürzung“ der kapitalistischen zugunsten einer revolutionären Entwicklung über die Bauerngemeinde als gemeineigentümliche Substanz in Rußland. Die weiteren, vor allem auf den zeitgenössischen Quellen beruhenden Positionsbestimmungen zur Oktoberrevolution thematisieren z.B. den Wandel von einer zunächst positiven Erwartungshaltung hin zur schroffen

Ablehnung in der SPD. Die Debatten innerhalb der Menschewiki, deren Koalitionspolitik durch die Oktoberrevolution zerstört wurde, beschäftigten sich mit der Frage, ob die Herrschaft der Bolschewiki eine Übergangsperiode darstellen könnte, die nicht den Sozialismus bedeute, wohl aber eine Etappe auf einem sozialistischen Entwicklungsweg, den eine Koalition aller sozialistischen Parteien und Gruppen auf sozialistischer Basis durchzusetzen habe. Dabei bezieht sich Schöler auf Martow, Axelrod, Dan u.a. Übereinstimmungen finden sich am ehesten zu den Debatten in der USPD, in der man ebenfalls eine sozialistische Koalitionsregierung als revolutionäre Exekutive als notwendig ansah. Karl Kautsky indes bestritt zwar den sozialistischen Charakter der Revolution, billigte den Bolschewiki allerdings bis 1920 zu, dass ihre Diktatur „das notwendige Produkt der gegebenen Verhältnisse“ sei. (Bd. 1, S. 133) Allerdings näherte er sich zeitweilig Martow an und schlussfolgerte sozialistische Entwicklungschancen der für ihn an sich „naturnotwendig“ bürgerlichen Revolution. Eine positive Rezeption erfuhr die Oktoberrevolution im Spartakusbund und bei seinen Führungspersonlichkeiten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, aller bekannten Kritik Rosa Luxemburg in ihrem Fragment zum Trotz. Die Bolschewiki hätten „zum ersten Mal das Endziel des Sozialismus als unmittelbares Programm der praktischen Politik“ proklamiert. (Ebd., S. 135) Da auch die österreichische Sozialdemokratie von einer ausschließlichen Möglichkeit einer bürgerlich-demokratischen Revolution ausging, begrüßte sie die Revolution vom Prin-

zip her, erwartete allerdings von der revolutionären Exekutive Maßnahmen zur Sicherung einer radikal-bürgerlichen politischen Umgestaltung und zur Enteignung der Großagrarier; der Bauer sei in Russland Sozialist und revolutionär (Otto Bauer). Auch hier also dominierte die Erwartung einer Übergangsperiode. Gemeinsam war allen untersuchten Parteien und Strömungen die Ablehnung der diktatorischen und exkludierenden Herrschaftsmaßnahmen der Bolschewiki.

Diese Debatten- und Rezeptionsprozesse untersucht Schöler bis ins Jahr 1929, als Stalin sich endgültig als Alleinherrscher gefestigt hatte. Der Textteil des zweiten Bandes endet mit dem Linzer Programm der SDAP und den darin enthaltenen politischen und programmatischen Reflexionsresultaten aus der Auseinandersetzung mit den Entwicklungen in der UdSSR.

Dieser Doppelband ist so umfang-, material- und gedankenreich, dass man wohl anerkennend Peter von Oertzen zustimmen muss, der 1993 lobend bilanzierte: „Es gibt Bücher von einer derartigen Gründlichkeit und Materialfülle, daß kein Mensch sie von Anfang bis Ende durchlesen wird, allenfalls liest man in ihnen“. (Ebd., S. 19) Wer sich mit den politisch-programmatischen Entwicklungsprozessen in den Sozialdemokratien Deutschlands und Österreichs ernsthaft befassen möchte, kommt hieran nicht vorbei. Dies gilt auch für Debatten über zukünftige Pfade oder Wege zu einer Gesellschaft, die sich dem Sozialismus – auch in seiner Mannigfaltigkeit – verpflichtet fühlt.

*Holger Czitrich-Stahl*

## Kapitalismusanalysen

*Hans-Jürgen Bieling/Carla Coburger/Patrick Klösel: Kapitalismusanalysen. Klassische und neue Konzeptionen der Politischen Ökonomie, Wochenschau-Verlag, utb., Frankfurt am Main 2021, 351 S., 19,99 Euro*

Der in der renommierten Reihe der Uni-Taschenbücher erschienene Band ist eine klassische Einführung in die Geschichte des ökonomischen Denkens. Titel und Untertitel sind insoweit etwas verwirrend, als auch Wissenschaftler behandelt werden, die sich weder als Kapitalismusanalytiker noch als politische Ökonomen verstanden haben. Die Autor/innen begründen ihre Entscheidung damit, dass „der Übergang zur Neoklassik ... zwar die Abkehr von der politischen Ökonomie (markiert)“, das neoklassische Denken aber großen Einfluss auf nachfolgende politökonomische Konzeptionen und das ökonomische Denken insgesamt gehabt habe (19).

Die Darstellung ist historisch angelegt, sie folgt drei „unterschiedlichen kapitalistischen Entwicklungskonstellationen und (den) für diese charakteristischen politökonomischen Debatten“ (21). Im ersten Kapitel wird das Verständnis des Autorenteam von Kapitalismus – „Geld (wird) in der Form von Kapital investiert, um einen Profit zu erzielen“ – und Politischer Ökonomie – Zusammenhang von Ökonomie, Politik und Zivilgesellschaft – erklärt (13). Das zweite Kapitel behandelt die Zeit der industriellen Revolution bis ins „lange 19. Jahrhundert“ (24). Das dritte Kapitel deckt das ökonomische Denken der Periode vom Ersten Weltkrieg bis zur neoliberalen Konterrevolution in den 1980er

Jahren ab. Das vierte Kapitel beschäftigt sich mit der Gegenwart seit dem Ende des Fordismus.

Behandelt werden die nach Ansicht des Autorenteam wichtigsten ökonomischen Denker, wobei jeweils Kurzbiografien, Hauptthesen und Wirkungsweise dargestellt werden, angereichert durch kurze Originaltexte. Im zweiten Kapitel sind dies zunächst die Klassiker (Adam Smith, David Ricardo, Karl Marx). Es folgen die Hauptvertreter der „marginalistischen Revolution“ (Stanley Jevons, Carl Menger und Leon Walras), die den Beginn der Neoklassik markieren (85). Der Übergang von der Klassik zur Neoklassik wird vor allem „durch die Abkehr von einer objektiven und Hinwendung zu einer subjektiven Werttheorie“ markiert. Der Wert einer Ware wird demnach durch den Nutzen bestimmt, den diese beim Verbraucher erzeugt – dem „Gesetz des fallenden Grenznutzens (Sättigungsgesetz)“ zufolge sinkt dieser bei zunehmender Menge (93). Das Denken in Gleichgewichtssituationen und die Annahme vollkommener Märkte sind weitere Elemente der Neoklassik. Gewarnt wird vor der Gleichsetzung von Neoklassik und Neoliberalismus: die Neoklassiker neigten zur „Laissez-faire-Praxis“ (99), während die Neoliberalen politische Empfehlungen formulieren, die auf die Begrenzung von Demokratie und die Entmachtung der Gewerkschaften hinauslaufen. Trotzdem erkennen die Autoren eine „Wahlverwandtschaft“ (100). Schließlich werden die in Deutschland und Österreich wichtigen Vertreter der historischen Schule behandelt, insbesondere Werner Sombart und auch Max Weber, die sich dezidiert von der

Neoklassik abgrenzten, außerhalb des deutschen Sprachraums wenig bekannt waren und auch in jüngeren Darstellungen oft (fälschlich) als wirtschaftstheoretisch irrelevant abgewertet werden.

Das dritte Kapitel stellt die beiden wichtigsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts, Alois Schumpeter und John Maynard Keynes, vor. Nach der Periode von Krisen und Krieg kam es 1945 zu einer Neudefinition des „Zusammenspiels von kapitalistischer Akkumulation und politischer Regulation“ (133), verbunden vor allem mit dem Namen Keynes. Ob dieser aber wirklich der Erste war, der mit der „kreislauftheoretischen Betrachtung einer ‚monetären Produktionsökonomie‘, die Wirtschaftswissenschaften revolutioniert hat (178) wäre zu hinterfragen – die Autoren tun diesen Zweifel leider nur in einer Fußnote ab, in der sie immerhin erwähnen, dass sowohl Francois Quesnay als auch Karl Marx kreislauftheoretisch gedacht haben (182). Es folgen Passagen über die wichtigsten Vertreter der „neoliberalen Konterrevolution“, Walter Eucken, August von Hayek und Milton Friedman, deren gesellschaftspolitisch reaktionäre und demokratiefeindliche Position herausgearbeitet wird.

Irritierend ist hier allerdings die Auswahl der behandelten Ökonomen. Ob Karl Polanyi (mit Schumpeter und Keynes auf eine Stufe gestellt) die Aufmerksamkeit verdient, die ihm hier geschenkt wird, sei dahingestellt. Dass aber alle jene Autoren fehlen, die den monopolistischen, finanzkapitalistischen bzw. imperialistischen Charakter des Kapitalismus untersucht haben, ist für einen Einfüh-

rungsband in „Kapitalismusanalysen“ nicht akzeptabel: Rudolf Hilferding, Karl Kautsky, Nikolai Bucharin, W.I. Lenin und Rosa Luxemburg hält das Autorenteam für nicht erwähnenswert (außer einer abfälligen Bemerkung zu Kautsky und Bucharin (259)), ebenso wenig Eugen Varga mit seiner Ableitung der Allgemeinen Krise des Kapitalismus. Diese Auslassung ist umso unverständlicher, als es im Abschnitt über Marx heißt: „Marx hatte die Herausbildung von großen Konzernen, Trusts oder Kartellen ... schon relativ früh beobachten können. Wie die Konzentration, so war für ihn auch die Zentralisation des Kapitals - ... maßgeblich ein Produkt der kapitalistischen Konkurrenz. Letztere wurde darüber hinaus durch das Kreditwesen, ... stimuliert ... Die zentralisierte ökonomische Macht übersetzt sich nicht selten in politische Macht.“ (70) Die Ökonomen, die diesen Prozess in ihrer Zeit untersucht haben, werden noch nicht einmal genannt.

Womöglich noch willkürlicher erscheint die Auswahl der behandelten Ansätze und Wissenschaftler im vierten Kapitel. Eingeleitet wird es mit der eher randständigen Debatte über „Varieties of Capitalism“. Dass dort nur Varianten des ‚westlichen‘ Kapitalismus untersucht wurden, die Problematik der aufstrebenden Kapitalismen im globalen Süden übergangen wird, bleibt als kritischer Einwand unerwähnt. Es folgen Passagen u.a. über die Regulationsschule, die Internationale Politische Ökonomie in Verbindung mit „neogramscianischen Perspektiven“, die feministische Politische Ökonomie und die ökologische Politische Ökonomie. Ansätze, die sich mit dem

Hauptzug des gegenwärtigen Kapitalismus, der Finanzialisierung, auseinandergesetzt haben, kommen de facto nicht vor, wobei in Deutschland prominent Jörg Huffschmid zu nennen wäre. Dass die Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus, die in den kapitalismuskritischen Debatten zeitweilig eine wichtige Rolle spielte, keiner Erwähnung für würdig befunden wird, überrascht dann nicht mehr. Fehlanzeige auch bei der Weltsystemtheorie von Immanuel Wallerstein und dem Ansatz von David Harvey, dem international bekanntesten Kapitalismusanalytiker.

Insgesamt gesehen bleibt der kapitalismusanalytische Gesamtüberblick ausgesprochen lückenhaft. Nimmt man die im Vorwort genannte „Grundidee“ ernst, nämlich vor allem jene Ansätze des politökonomischen Denkens zu behandeln, die „auch Fragen von Macht und Herrschaft adressieren“ und zudem „die spezifischen Triebkräfte und Dynamiken der kapitalistischen Entwicklung konzeptualisieren“ (7), dann erstaunen die erwähnten Leerstellen doch sehr.

*Jörg Goldberg*

## **Anfänge der sowjetischen Planwirtschaft**

*Friedrich Pollock: Schriften zu Planwirtschaft und Krise. Gesammelte Schriften II. Herausgegeben von Johannes Gleixner und Philipp Lenhard, unter Mitarbeit von Felix Brandner und Benedikt Pittroff. ça ira-Verlag, Freiburg, Wien 2021, 638 Seiten, 34,- Euro*

Friedrich Pollocks Arbeit über die planwirtschaftlichen Versuche in der

Sowjetunion 1917–1927 wurde 1928 an der Universität Frankfurt als Habilitationsschrift eingereicht und erschien 1929 im Verlag C. L. Hirschfeld in Leipzig als zweiter Band der von Carl Grünberg herausgegebenen Schriften des Instituts für Sozialforschung. 1971, ein Jahr nach Pollocks Tod, wurde das Buch vom Verlag Neue Kritik, Frankfurt, im *Archiv sozialistischer Literatur*, Band 21, mit einer sozialhistorischen Einleitung von Renate Schmucker als Nachdruck wiederaufgelegt. Nun ist, neu gesetzt, die Arbeit als zweiter Band der von Johannes Gleixner und Philipp Lenhard auf sechs Bände angelegten Gesammelten Schriften Pollocks unter dem Titel „Schriften zu Planwirtschaft und Krise“ wieder veröffentlicht worden.

Dieser Band enthält noch verschiedene Rezensionen aus Pollocks Hand sowie zwei Texte über „Die gegenwärtige Lage des Kapitalismus und die Aussichten einer planwirtschaftlichen Neuordnung“ und über „Bemerkungen zur Wirtschaftskrise“, die 1932 und 1933 in der *Zeitschrift für Sozialforschung* erschienen. Im letztgenannten Aufsatz verweist Pollock vor dem Hintergrund von Weltwirtschaftskrise und Krisenbewältigung auf die Gefahren „kriegerischer Auseinandersetzungen mit ihren unvorstellbaren Verwüstungen. Zur Niederhaltung des inneren Feindes und zum Kampf gegen den äußeren muss eine Kriegsapparatur geschaffen werden, die einen wachsenden Teil des Sozialproduktes für sich in Anspruch nimmt und der Versorgung der Menschen großenteils entzieht. ... Am vorläufigen Ende dieser Prozesse zeichnen sich die Umrisse neuer Kriege ab“ (522).

Die Quellen zu seiner Untersuchung über die Anfänge der sowjetischen Planwirtschaft sammelte Pollock vor allem im Oktober/November 1927, als er zum zehnjährigen Jubiläum der Oktoberrevolution vom Moskauer Marx-Engels-Institut und seinem Leiter David Rjazanov (1870–1938) zu einem Forschungsaufenthalt eingeladen war. In Moskau sammelte Pollock umfangreiche gedruckte und unveröffentlichte Materialien zu Theorie und Praxis der Planarbeit und sprach mit zahlreichen führenden Planökonomien. Pollocks Buch analysiert die planwirtschaftlichen Versuche vor dem Hintergrund der realwirtschaftlichen Entwicklungen. Ausführlich werden die ökonomische Ausgangslage vor dem Weltkrieg und der Revolution, der wirtschaftliche Verfall während des Bürgerkriegs und der ausländischen Intervention (1918–1920), die schwere Versorgungskrise der Städte (1920/1921), der wirtschaftliche Wiederaufstieg im Rahmen der Neuen Ökonomischen Politik nach 1921 beschrieben. Diese produzierte neue Widersprüche und Krisen, etwa die Schere zwischen hohen Industrie- und niedrigen Agrarpreisen, die Unterversorgung der bäuerlichen Bevölkerung mit Industriegütern („Warenhunger“), die soziale Differenzierung des Dorfes, die unzureichenden bäuerlichen Getreidelieferungen für die rasch wachsenden Städte, die sich etwa 1925 und 1927 zeigten.

Der erste Versuch eines langfristigen Wirtschaftsplans fällt in die Periode des „Kriegskommunismus“ und einer „proletarischen Naturalwirtschaft“: der Elektrifizierungsplan von 1920 sollte die gesamte Wirtschaft langfristig auf eine neue energetische Grund-

lage stellen. Er wurde von Lenin als ein „zweites Parteiprogramm“ (116) angesehen und war auf 10–15 Jahre konzipiert (auf S. 116 steht irrtümlich: 1–15 Jahre).

Die Anfang 1921 eingeleitete Neue Ökonomische Politik war eine auf lange Frist angelegte Strategie des sozialistischen Aufbaus und neuer Bündnisbeziehungen zwischen Stadt und Land. Die Sowjetmacht behielt die politischen und ökonomischen „Kommandohöhen“: die Staatsgewalt sowie die Kontrolle über die nationalisierte Großindustrie, die Eisenbahnen, die Energiewirtschaft, die staatlichen Großbanken, das Außenhandelsmonopol, das staatliche Eigentum an Grund und Boden, wohingegen die über 20 Millionen Bauernwirtschaften, das Kleingewerbe, der Klein- und Regionalhandel im Rahmen der wieder zugelassenen Ware-Geld-Beziehungen operieren konnten, um sich perspektivisch über ein weites Netz von Genossenschaften in den Staatssektor zu integrieren.

Als eine wesentliche „Kommandohöhe“ wurden auch die Planinstitutionen angesehen, in deren Zentrum die Ende Februar 1921 gegründete Staatliche Plankommission (GOSPLAN) stand, welche dem Rat für Arbeit und Verteidigung (STO), der obersten Wirtschaftsbehörde, unterstand. Die Anfänge von GOSPLAN waren sehr bescheiden – es war eine kleine Institution von etwa 40 Spezialisten, viele von ihnen Ingenieure, Ökonomen oder Agrarfachleute; sieben oder acht waren Mitglieder der Kommunistischen Partei. 1926/1927 aber hatte GOSPLAN allein auf dem Gebiet der Russischen Sowjetrepublik (RSFSR) bereits etwa tausend Angestellte (539).

Die ersten Arbeiten von GOSPLAN bestanden in Ernteschätzungen, in der Ausarbeitung von Wirtschaftsprognosen und Teilplänen für einzelne Industriebranchen; in Bemühungen zur Schaffung einer stabilen Währung, in der Aufsicht über die Realisierungsschritte des Elektrifizierungsplans. Allmählich wurden verbesserte Methoden für eine gesamtwirtschaftliche Planung geschaffen, die von Pollock im Detail untersucht werden: die Erarbeitung zuverlässiger Wirtschaftsstatistiken und statistischer Reihen; die Methode der statischen und dynamischen Koeffizienten (342–348); die Sachverständigengutachten; die Vergleiche mit den Vorkriegsdaten; die Erstellung von Bilanzen für einzelne Branchen, von Verflechtungsbilanzen und volkswirtschaftlichen Bilanzen; die Festlegung von zeitlichen Planungsrahmen (Jahrespläne – Fünfjahrpläne – längerfristige Perspektivpläne); die Festlegung der Grenzen von Planungsrayons, die nicht identisch waren mit den überkommenen administrativen Grenzen; die Planung von volkswirtschaftlichen Reserven zum „Manövrieren“; die Erstellung von Planvarianten (Ausgangsvarianten oder „optimistischeren“ Optimalvarianten). Von zentraler Bedeutung waren die Diskussionen über das Wechselverhältnis von (ökonomischen) Prognosen und (politischen) Direktiven. Die teilweise erbittert geführten politischen Kontroversen innerhalb der Kommunistischen Partei über Planungsprioritäten, Industrialisierungsstrategien und Wachstumstempi werden von Pollock nur angedeutet. Wesentliche Faktoren konnten von GOSPLAN nicht geplant werden – etwa die Höhe der Ernten,

die Marktreaktionen der Bauernwirtschaften, die Möglichkeit ausländischer Kredite, das außenpolitische Gefährdungspotential (die Gefahr einer erneuten Intervention).

Im August 1925 konnte der Versuch eines ersten volkswirtschaftlichen Jahresplans vorgelegt werden: ein schmaler Band – 104 Seiten – mit dem Titel „Kontrollziffern der Volkswirtschaft der UdSSR für das Jahr 1925/26“, der für die praktische Wirtschaftstätigkeit aber noch keine große Bedeutung hatte (manche Wirtschaftsbehörden nahmen ihn kaum zur Kenntnis), aber trotzdem als ein Durchbruch galt. L. D. Trotzki schrieb begeistert: „Die Zahlen der Staatsplan-Kommission ziehen das – wenn auch skizzenhaft, vorläufig – so doch das erste Fazit aus dem ersten Kapitel des großen Versuchs: die bürgerliche Gesellschaft in die sozialistische umzuwandeln. ... Von der Übersichtstabelle der Staatsplan-Kommission führen unlösbare Fäden nach rückwärts, zum 1847er Marx-Engels'schen Kommunistischen Manifest, und nach vorwärts – der sozialistischen Zukunft der Menschheit entgegen. Der Geist Lenins webt in diesen trockenen Zahlen weiter“ (301) (L. Trotzki, Kapitalismus oder Sozialismus, Berlin 1925, S. 38 f.). Die in den kommenden Jahren von GOSPLAN ausgearbeiteten Planentwürfe enthielten sehr viel genaueres statistisches Material, das von Pollock ausführlich zitiert wird. Er war von der „riesenhaften Arbeit“ (542) der sowjetischen Planungsspezialisten auf dem Neuland der Volkswirtschaftsplanung beeindruckt, hielt sich aber, als strenger Wissenschaftler, mit Gesamturteilen über die Planungsergebnisse zurück. Er betrachtete

die GOSPLAN-Arbeit als Versuch, Laboratorium, Experiment, Vorwärtstasten – mit offenem Ausgang. Die Position liberaler Wirtschaftswissenschaftler, wie Ludwig von Mises, eine sozialistische Wirtschaftsplanung sei von vornherein zum Scheitern verurteilt, weist Pollock zurück (39). Die Herausgeber des Bandes schreiben über Pollocks Einstellung recht dezidiert: „Mit kritischem Blick wägte er ab, ob der russische Weg zum Kommunismus erfolgreich sein konnte oder nicht. Seine Antwort fiel negativ aus“ (11). Dieser Interpretation wird man nach der Gesamtlektüre dieses Werkes nicht unbedingt folgen.

Der Anhang des Bandes enthält auch zahlreiche biographische Daten über die von Pollock angeführten sowjetischen Autoren. Wir lesen viele dieser Angaben mit Entsetzen und Trauer, denn sie verweisen darauf, dass zahlreiche führende Planfachleute in den 1930er Jahren den Stalinschen Repressionen zum Opfer fielen. Diese Personen waren nicht so bekannt wie die von Pollock wiederholt zitierten führenden Bolschewiki, die in den Moskauer Prozessen 1936–1938 zum Tode verurteilt wurden (L. B. Kamenew, G. E. Zinow'ev, A. I. Rykov, N. I. Bucharin). Namen und Arbeiten dieser Planungswissenschaftler sind später von sowjetischen/russischen wie westlichen Historikern oft vergessen worden, und so soll hier an einige von ihnen erinnert werden.

Der Agrarexperte Ja. Jakovlev (1896–1938) war führend in der Arbeiter- und Bauerninspektion sowie im Landwirtschaftskommissariat tätig und wurde 1938 zum Tode verurteilt. M. Bronskij (1882–1938) hatte an der Akademie der Wissenschaften sowie

im Finanzkommissariat gearbeitet. M. L. Ruchimovič (1889–1938) war 1926 Stellvertretender Leiter des Obersten Volkswirtschaftsrats. A. I. Gajster (1899–1937) hatte als Stellvertretender Landwirtschaftskommissar gearbeitet. A. A. Rybnikov (1877–1938) war als Ökonom und Wirtschaftsgeograph tätig. Der Ökonom M. I. Kubanin (1898–1941) hatte u.a. am Internationalen Agrarinstitut in Moskau gearbeitet. Der lettische Revolutionär I. T. Smilga (1892–1937), ein führender GOSPLAN-Mitarbeiter, wurde ohne Prozess im Gefängnis hingerichtet. Der GOSPLAN-Ökonom V. G. Groman (1874–1940) starb in einem Arbeitslager. V. A. Bazarov (1874–1939) war u.a. Redakteur der von Pollock häufig zitierten Fachzeitschrift „Planwirtschaft“ und wurde 1930 verhaftet. N. Osinskij-Obolenskij (1887–1938) war führendes Mitglied des Obersten Volkswirtschaftsrats und ein bekannter Publizist. A. M. Ginzburg (1878–1937) war früher ebenfalls im Obersten Volkswirtschaftsrat tätig. L. N. Kricman (1890–1938), nach Pollock „einer der bedeutendsten sowjetrussischen Wirtschaftstheoretiker“ (356), war in führenden Positionen des Obersten Volkswirtschaftsrats, der Staatlichen Plankommission und der Statistischen Zentralverwaltung tätig und starb in Haft. Er ist der Verfasser eines Werkes über den „Kriegskommunismus“ („Die heroische Periode der großen russischen Revolution“, Nachdruck Frankfurt am Main 1971). G. L. Pjatakov (1890–1937) hatte in der Staatsbank, im Obersten Volkswirtschaftsrat und in der Staatlichen Plankommission gearbeitet; zeitweilig war er Anhänger der Linken Opposition gewesen. Der Ökonom N. D. Kond-

rat'ev (1892–1938), bekannt durch seine „Theorie der langen Wellen der Konjunktur“, wurde im September 1938 erschossen.

Nicht viele Planungsfachleute konnten auf eine lange Lebenszeit zurückblicken. Zu ihnen zählten der Agrarwissenschaftler N. P. Makarov (1886–1980), der Arbeitsstatistiker S. G. Strumilin (1877–1974) und der Ingenieur und langjährige GOSPLAN-Leiter G. M. Kržizanovskij (1872–1959), der seit 1894 mit Lenin bekannt war und der 1920 den Elektrifizierungsplan konzipiert und ausgearbeitet hatte.

Schlussbemerkung: Pollocks Studie ist bis heute nicht nur für Historiker aufschlussreich, sondern kann vielleicht auch das Interesse derer wecken, die davon ausgehen, dass für die Lösung der wichtigen Zukunftsaufgaben nicht nur Abrüstung, Frieden und internationale Zusammenarbeit notwendig sind, sondern auch Volkswirtschaftsplanungen jenseits kapitalistischer Regulierungen. Dem Verlag und den Herausgebern ist gutes Gelingen bei der weiteren Edition der Gesammelten Schriften Friedrich Pollocks zu wünschen.

*Gert Meyer*

## **Undank für die Retter der Republik 1920**

*Gerhard Weiß: Wie eine Republik gerettet wurde und ihren Rettern dankte. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch, Papy-Rossa Verlag, Köln 2021, 174 S., 14,90 Euro*

Der Autor ist den Lesern von Z bereits durch eine kenntnisreiche und kritische Besprechung eines Werks über den Putsch des Jahres 1920 bekannt (vgl. Z 122, S. 227 ff.). Sein

hier zu rezensierendes Buch bietet eine anregende, problemorientierte Darstellung und Diskussion relevanter Fragen, aber es ist auch als Einstieg in das Thema geeignet. Weiß geht zunächst auf Ablauf und Phasen des Putsches ein (7–40). Im Abschnitt mit Kurzbiographien führender Akteure belegt er, dass zum Verständnis des Umsturzversuchs die bereits bald nach der Novemberrevolution unverhüllt einsetzenden reaktionären Bestrebungen von Interessenvertretern der Großindustrie und der Großlandwirtschaft zur Vorbereitung eines Staatsstreichs gehören. Als Geschäftsführer und eigentlicher Gründer der „Vaterlandspartei“ (1917) und dann als Organisator der „Nationalen Vereinigung“ (1919) knüpfte hier Wolfgang Kapp, einer der Namensgeber des Putsches, die Fäden. Er war keinesfalls, wie oft dargestellt, ein bloß politisch rückwärtsgewandter ostpreußischer „Generallandschaftsdirektor“. In seinen politischen Vorstellungen finden sich ebenso wie bei anderen führenden Putschisten wesentliche Elemente dessen, was ein Jahrzehnt später ideologisch bei der NSDAP zum Tragen kam. Kapp hielt Verbindungen zum „Alldeutschen Verband“, zur „Deutschnationalen Volkspartei“, dem „Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbund“. Er bekämpfte mit diesen Organisationen Demokratie und Parlamentarismus und propagierte das Führerprinzip sowie Annexionen vor allem im Osten.

Anschließend an wichtige Ziele des Putsches beschreibt der Autor die Gebenbewegung, insbesondere Streiks und Kämpfe der Arbeiterschaft, das Scheitern des Putsches sowie die Nachsicht der Reichsregierung mit

den Akteuren (41–79).

Der Generalstreik der Arbeiterschaft war sicherlich der ausschlaggebende Impuls für die Gegenbewegung zum Putsch. Aber dem Autor ist zuzustimmen, wenn er anmerkt, dass es bisher nicht gelungen ist, die Streikbewegung empirisch detailliert zu erfassen. Die sonst üblichen Streikstatistiken mit genauen Abstimmungsergebnissen gibt es nicht. Die in der Literatur angegebene Zahl von insgesamt 12 Millionen Streikenden mag stimmen. Zukünftige Untersuchungen sollten lokale, regionale und zeitliche Abläufe und Unterschiede stärker in den Blick nehmen. Dies gilt auch für Analysen des jeweiligen Anteils der Arbeiterparteien, der Gewerkschaften und vor allem der eigenen Initiativen von Arbeiter und Belegschaften. Diese sammelten sich jedenfalls vielerorts zu Protesten und Aktionen, bevor Aufrufe der Arbeiterparteien, der Gewerkschaften oder der Regierung sie erreichten. Hier könnten für zukünftige Forschungen Michel Foucaults Überlegungen weiterführen, der (etwa in: *Der Wille zum Wissen*, Frankfurt 1983, 113 ff.) anregt, Machtverhältnisse nicht allein von einem Zentrum, sondern „von unzähligen Punkten aus und im Spiel ungleicher und beweglicher Beziehungen“ zu untersuchen.

In der zweiten Hälfte des Werkes beschäftigt der Verfasser sich mit Problemen und Ereignissen nach dem Scheitern des Putsches. Er untersucht das Verhalten der politischen Parteien, die Wiedereingliederung reaktionärer Putsch-Verbände in die Reichswehr, das Verhalten der zentralen Gewerkschaftsführung, Forderungen der Arbeiter sowie – nach verbalen Zugeständnissen von Regierungsver-

tretern – die Wiederaufnahme der Arbeit zunächst in Berlin, Nord- und Mitteldeutschland. Ausführlich analysiert der Autor die besondere Entwicklung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet (insbesondere 101–124). Hier hatten Arbeiter in zahlreichen Städten und Bezirken die vollziehende Gewalt übernommen, die sie erst nach einer Sicherung demokratischer und sozialer Zusagen aufgeben wollten. Regierung und Gewerkschaften kündigten in diesem Zusammenhang eine sofortige Entwaffnung und Bestrafung der Putschisten und ihrer Helfershelfer an. Solchen Versprechungen trauten viele der streikenden Arbeiter nicht. Wie berechtigt ihr Bestehen auf Sicherung von Zusagen vor Beendigung des Generalstreiks war, demonstrieren Aussagen des sozialdemokratischen Verhandlungsführers und Gewerkschaftsführers Carl Severing aus dem Jahr 1927. Er gab unverhohlen zu, dass es ihm im März/April 1920 darauf angekommen sei, vor einem Einmarsch von Truppen in das Ruhrgebiet die dort gut bewaffneten und organisierten Arbeiter hinzuhalten und zu spalten. Neben der Vortäuschung von Verhandlungsbereitschaft wirkten hier die Parole und die Ankündigung einer Sozialisierung des Bergbaus. Bereits mit dem „Bielefelder Abkommen“ vom 27. März 1920 gelang die Durchlöcherung auch der militärischen Abwehrfront gegen den Kapp-Putsch endgültig. Dieses Abkommen versprach quasi regierungsamtlich nochmals Demokratie und Sozialgesetze, Entwaffnung und Bestrafung der Putschisten und ihrer Helfer, Entfernung von Reaktionsären aus Verwaltungen und Betrieben und kündigte eine bessere Ver-

sorgung mit Heizmaterial und Lebensmitteln an.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, wenn einige der Putschisten überlegten, Sozialdemokraten wie Severing an einer von ihnen gebildeten Regierung zu beteiligen.

Ein besonderes Anliegen des Autors kommt bereits im Titel des Buchs zum Ausdruck. Er macht deutlich, wie jene Arbeiter, die sich für Freiheit und Republik eingesetzt hatten, nicht nur keinen Dank, sondern stattdessen im Übermaß blaue Bohnen oder Gefängnisstrafen erhielten.

In den bürgerlichen Schichten galten die kampfbereiten Arbeiter nicht als Retter der Republik, sie wurden als Teil einer bedrohlichen (bolschewistischen) Massenbewegung empfunden, die ausgeschaltet werden sollte. Insbesondere dort, wo die Arbeiterschaft zunächst erfolgreich gegen Reichswehr und Sicherheitspolizei gekämpft und mit der Übernahme der Exekutivgewalt in vielen Städten ihre Entschlossenheit im Kampf für Erhaltung und Ausbau der Republik bewiesen hatten, führte das Militär im April 1920 im Regierungsauftrag blutige „Strafaktionen“ gegen die nunmehr als Aufständische geltenden Arbeiter durch. Tausende wurden getötet. Tausende wurden zudem durch die Militärjustiz eingekerkert, während die Putschisten in den Genuss einer Amnestie kamen.

Der Autor geht auch auf die frühe bundesrepublikanische Geschichtsschreibung zum Thema ein, die verbreitete, die Putschisten wären an eigener Unzulänglichkeit, passivem Widerstand der Ministerialbürokratie oder gar an einer Verweigerungshal-

tung, einem Streik von Reichswehrgenerälen gescheitert. Ein Generalstreik war aus dieser Perspektive unnötig und dort, wo er zu Unruhen und Blutvergießen führte, sogar verwerflich. (152 ff.)

Da dergleichen noch nicht überwunden ist, behält eine Botschaft des Buches ihre Bedeutung: Eine angemessene Würdigung der Gegenbewegung zum Kapp-Putsch als demokratisches Erbe der deutschen Geschichte steht noch aus!

Das anregende Buch enthält selbstverständlich auch eine weiterführende Literaturliste.

*Jörg Berlin*

## **Aktualität der Bodenfrage**

*Stephan Krüger: Grundeigentum, Bodenrente und die Ressourcen der Erde. Die Relativierung der Knappheit und Umriss eines linken Green New Deal. VSA Verlag, Hamburg 2020, 400 S., 29,80 Euro*

Der Bericht des Weltklimarats (IPCC) „Klimawandel und Landsysteme“ von 2019 stellt fest, „dass Landsysteme die Hauptgrundlage für die Existenz und das Wohlergehen von Menschen (bilden)“ ... (Zusammenfassung). Grund und Boden, ihre Nutzung und ihr Management stehen im Zentrum der aktuellen ökonomischen und ökologischen Probleme. Trotzdem wird der Bodenfrage in der neueren fortschrittlichen Literatur wenig Beachtung geschenkt. Umso verdienstvoller ist das seit 2020 vorliegende Werk von Stephan Krüger, das einen umfassenden Überblick über die Problematik gibt.

Ausgehend von der Genese des privaten Grundeigentums behandelt der

Autor in den ersten vier Kapiteln die Rolle der Grundrente und Formen der Bodennutzung durch Agrarwirtschaft und Bergbau. In den Kapiteln fünf bis zehn werden die Rolle von Grund und Boden als Teil des kapitalistischen Akkumulationsprozesses, die Eigentumsverhältnisse und das moderne Immobilienmanagement behandelt, mit einem Spezialkapitel zur Wohnungsfrage. Im Mittelpunkt steht die Situation in der BRD. Die Analyse ist empirisch angelegt, wobei dem Autor seine profunde Kenntnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zugutekommt. Letzten Endes wird deutlich, dass man über die Struktur des Grundeigentums und die entsprechenden Eigentumsverhältnisse wenig weiß. Die Kapitel elf bis fünfzehn behandeln die Frage der Ressourcenknappheit und entwickeln ein Reformkonzept, in dessen Rahmen die nicht erneuerbare Ressource Land im Rahmen eines linken „Green New Deal“ schrittweise in Gemeineigentum überführt werden soll. Der Autor hält die „Sozialisierung des Grund und Bodens“ schon unter kapitalistischen Verhältnissen für notwendig und möglich: „Im Unterschied zum Privateigentum an reproduzierbaren Produktionsmitteln ..., bei denen der private Eigentumstitel die Energie und Tätigkeit seiner Inhaber befördern kann ..., hat das Privateigentum am Grund und Boden, getrennt von den wirtschaftlichen Aktivitäten seiner Nutzung, keine produktive Funktion.“ (382/83) Angesichts knapper werdender Böden ist das Privateigentum an Grund und Boden zum Entwicklungshemmnis geworden.

Anknüpfend an Analysen und Vorschläge von Jeremy Rifkin („The

Green New Deal“) und Thomas Piketty entwirft Krüger (leider nur in gedrängter Form) das Konzept eines sukzessiven Übergangs zu einer „sozialistischen Marktwirtschaft“: Nur im Rahmen eines solchen Reformkonzepts sei ein Ausweg aus der aktuellen Situation der absoluten Überakkumulationskrise, eine „Relaunch“ der Kapitalakkumulation, ein „durch den Staat initiiertes und geführtes Ausbruchsprozess“ möglich (363). Dabei hat eine „umfassende Bodenreform“ einen zentralen Stellenwert: „Es geht jetzt darum, im Rahmen einer evolutionären Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft unter parlamentarisch-demokratischen Verhältnissen eine Sozialisierungskonzeption hegemonial zu machen, die nicht vordringlich ... auf das Mittel einer sofortigen Enteignung (...) von Liegenschaften zurückgreift, sondern mit einem langen Atem sukzessive den Umfang des öffentlichen Grund und Bodens ausweitet.“ (385)

Die Bodenfrage ist ein zentraler Ansatzpunkt im Kampf für die Transformation der Gesellschaft, für die Lösung der sozialen und ökologischen Widersprüche der Gegenwart. Dies herausgearbeitet zu haben, ist ein wichtiges Verdienst des Buchs. Leider wird dieses Konzept nur am Ende und auf wenigen Seiten skizziert. Viele in diesem Rahmen auftauchende Probleme werden nicht oder nur sehr kurz angerissen, so z.B. das der politischen Kräfteverhältnisse und der sozialen Träger entsprechender Bewegungen: An mehreren Stellen spricht der Autor die Tatsache an, dass das Kleineigentum an Grund und Boden u. a. in Gestalt des selbstgenutzten Eigenheims Grundlage einer verbreiteten „Eigen-

tumsillusion“ ist, „mit der der Klein-eigentümer in die Hegemonie der kapitalistischen Eigentümer an Produktionsmitteln sowie an Grund und Boden einbezogen wird.“ (356) Immerhin wurde inzwischen die Vermutung, eine „Enteignung großer kapitalistischer Wohnungsgesellschaften“ sei selbst in Großstädten „noch eine Minderheitsposition“ zumindest in Berlin widerlegt (ebd.).

Abschließend sei auf drei Aspekte des Buchs verwiesen, die als Kritikpunkte bzw. als Anregung für weitere Analysen gelten können:

Wie angemerkt ist die Arbeit breit angelegt, d.h. es werden viele Aspekte angesprochen, aber nicht vertieft. Ob z.B. Ausführungen zur Arbeitskräfteknappheit und zur ‚Sättigungshypothese‘ (Kapitel elf) hier hingehören, ist fraglich. Allerdings kann im Rahmen einer breiten Darstellung nun mal nicht jeder Aspekt so gründlich behandelt werden, wie er es verdient.

Kaum diskutiert wird eine für die Thematik zentrale Frage, nämlich das Bodenrecht. Die Behauptung, es gäbe eine „Verallgemeinerung des Privateigentums an Grund und Boden in den entwickelten kapitalistischen Ländern – ... und den meisten Schwellenländern Mittel- und Südamerikas sowie Asiens“ (mit Ausnahmen in Afrika) ist eine unzulässige und – mit Verlaub – eurozentristische Verallgemeinerung. In großen Teilen Lateinamerikas und fast in ganz Asien (siehe die komplizierte Situation in China) spielt das global sehr differenzierte Bodenrecht vor dem Hintergrund unterschiedlicher historischer Entwicklungen auch in den politischen Auseinandersetzungen eine besondere Rolle – wie das Beispiel der

mexikanischen Zapatistas zeigt. Das Privateigentum an Grund und Boden im Sinne des römischen Rechts war und ist eine europäisch/nordamerikanische Ausnahme.

Diskutabel bleibt die Problematik der Grundrente. Es scheint, als hielte der Autor die Marxsche Ableitung (Kapitel zwei) für der Weisheit letzten Schluss.<sup>1</sup> Die kritische innermarxistische Debatte darüber kennt er sicher besser als der Rezensent, erwähnt sie aber nicht. Fraglich ist, ob die Grundrente heute noch als empirische Kategorie erscheint: Im Kontext der (sehr lesenswerten) Darstellung des Zusammenhangs zwischen Immobilienwirtschaft und Finanzialisierung (Kapitel acht) meint Krüger, dass „die Gesamtnettokaltmiete als zusammengesetztes Verhältnis von Grundrente und Zins ... den Kapital- oder Ertragswert der Immobilie (ergibt).“ (219) Grundrente und Zins dürften also kaum zu unterscheiden sein – und doch meint er, man könne im Rahmen des Transformationsprozesses „eine tendenziell konfiskatorische Besteuerung von privat angeeigneten Grundrenten jeglicher Art“ durchsetzen. Ob und ggf. wie die Grundrente heute empirisch erscheint: Darüber hätte man gerne mehr gelesen.

Dies mindert nicht die Qualität des Buchs. Es zeigt: Die Bodenfrage gehört ins Zentrum der modernen Kapitalismusanalyse und der sozialen Auseinandersetzungen.

*Jörg Goldberg*

<sup>1</sup> Das geplante Buch über das Grundeigentum hat Marx nie geschrieben, vgl. den Aufsatz von Galander/Rüdiger in Z 129 (März 2022), S. 123-139.

## Kapitalistische Geldreform

*Klaus Karwat: Schuldenfreies Geld. Warum der Kapitalismus eine Systemreform braucht, Metropolis-Verlag, Marburg 2021, 184 S., 19,80 Euro*

Nachdem Joseph Huber, Raimund Dietz, Jürgen Kremer, Timm Gudehus und andere in den zurückliegenden Jahren ihre Plädoyers für eine Vollgeld-Reform veröffentlicht haben, liegt mit dem Buch „Schuldenfreies Geld“ von Klaus Karwat nun eine weitere Publikation zu diesem Thema vor. Der Autor analysiert das gegenwärtige Geldsystem, deckt dessen Schwächen und Unzulänglichkeiten auf und leitet daraus die Notwendigkeit einer Reform der bestehenden Geldordnung ab. Diese müsste seiner Auffassung nach darauf abzielen, das System der zweistufigen kreditbasierten Geldschöpfung durch ein System „schuldenfreien Geldes“ zu ersetzen. Er stützt sich bei seinen Überlegungen auf eine Reihe von Vorarbeiten, unter anderem von Irving Fisher, und bettet seine Vorschläge in den Kontext monetärer Reformdebatten in Vergangenheit und Gegenwart ein. Bezeichnend für sein Vorgehen ist sein Verhältnis zur Schuldenproblematik: „In diesem Buch will ich versuchen, den ökonomischen Begriff ‚Schulden‘ und seine Verknüpfung mit dem ‚Geld‘ genau zu klären“ (10). Der Begriff „Schulden“ steht aber nicht nur im Fokus der Analyse; er bildet zugleich den eigentlichen Kern und theoretischen Anker der gesamten Darlegung. Dies beginnt bei der Charakteristik des gegenwärtigen Geldes als „Schuldengeld“ und endet mit dem Entwurf eines neuen Geldes als „schuldenfreies Geld“. Der Autor folgt damit einer

seit langem bekannten Reformlogik, welche darin besteht, den Kapitalismus in bestimmten Teilsegmenten effektiver oder humaner zu machen, ohne jedoch ihn „gänzlich abschaffen zu wollen“. Das heißt, es geht um eine „Heilung“ des Kapitalismus von seiner „Schuldenkrankheit“ (11), nicht aber um eine Transformation der kapitalistischen Wirtschafts- und Sozialordnung in eine andere, eine postkapitalistische Gesellschaft. Das Motto lautet: „weg vom Turbokapitalismus mit schuldenbasiertem Geld hin zu einem Kapitalismus mit schuldenfreiem Geld“ (12). Dies schließt die Brechung der dem Turbokapitalismus inhärenten Wachstumsdynamik, welche durch das kreditbasierte Geldsystem befördert wird, ausdrücklich ein.

Karwat beginnt sein Buch phänomenologisch, mit einer Analyse verschiedener *Geldarten*. Dabei stellt er die *Münzen* an den Anfang, was befremdlich wirkt, da diese weder unbeschränktes gesetzliches Zahlungsmittel sind noch ökonomisch relevant. Als ein Relikt früherer Geldsysteme wären sie logisch wie praktisch verzichtbar. Es folgen die *Banknoten*, die juristisch korrekt behandelt, aber begrifflich nicht eindeutig vom staatlichen Papiergeld unterschieden werden. Darauf folgt das *Giralgeld* der Geschäftsbanken, welches die Masse des umlaufenden Geldes bildet. Dieses kommt in Umlauf, „wenn Banken Geld an Nichtbanken auszahlen“ (15). Richtig ist, dass auch die Reserven bei der Zentralbank als Giralgeld behandelt werden. Weniger schlüssig ist dagegen, warum „Kryptogeld“, „Regionalgeld“ und andere Geldsubstitute, die „unabhängig“ von Banken und Zentralbanken entstehen, als faktisch

gleichwertige Geldarten aufgeführt werden (17ff.). Eine Arbeitsdefinition von Geld als „allgemeingültigem Zahlungsmittel“ hätte geholfen, diesen Kategorienfehler zu vermeiden. Das zweite Kapitel dreht sich um den Begriff „Schulden“. Es ist der methodologisch zentrale Teil des Buches. Dabei ist die Wortwahl zu beachten: Karwat meidet die üblichen Termini wie „Kredit“ und „Kreditgeld“ und ersetzt sie durch Begriffe wie „Schulden“ und „Schuldengeld“. Abgesehen davon, dass sich „Kredit“ von Glaube herleitet, „Schulden“ aber von Schuld, Unrecht und Sünde, assoziiert diese Wortwahl mit dem heutigen Geldsystem etwas Fragwürdiges, Ungutes, Ungesundes. Der ökonomische Zusammenhang von Geld und Kredit, um den es hier geht, wird durch diese Umfirmierung jedenfalls nicht klarer. Bei der Beschreibung des Entstehungsprozesses von Giralgeld folgt der Autor der von der Bank of England und der Deutschen Bundesbank zuletzt vorgenommenen Darstellung.<sup>1</sup> Dies ist zu begrüßen, da nicht wenige Autoren in dieser Frage nach wie vor überholten Vorstellungen anhängen. Es gehört auch zu den Stärken des Buches, dass der Autor bemüht ist, alle ökonomischen Vorgänge, die hier eine Rolle spielen, buchhalterisch einfach und übersichtlich abzubilden. Zugleich aber stellt er die Eignung des Prinzips der doppelten Buchführung infrage, indem er von einem „Missbrauch des Systems“ für die Geldschöpfung spricht (34ff.).

In diesem Zusammenhang stößt der Leser auf ein Problem, das bisher noch kein Autor verstanden hat, definitiv zu klären. Gemeint ist die „Lücke“, die durch die Aufkündigung der Goldbindung des US-Dollars 1971 theoretisch und praktisch entstanden ist. Karwat beschreibt das Problem der Loslösung der Währungen vom Gold, indem er darauf hinweist, dass „die Verbuchung von Geld als Verbindlichkeit in der Zentralbankbilanz“ eine Deckung des Geldes vorspiegelt, die es tatsächlich nicht (mehr) gibt (40f.). Das für die Erklärung der Geldschöpfung seit Joseph A. Schumpeter<sup>2</sup> immer wieder herangezogene „Nichts“ schließt die Lücke vielleicht *logisch*, nicht aber *ökonomisch*. Hierzu bedarf es anderer Erklärungen und weiterer Debatten, wofür das Buch einige Anregungen, aber keine Lösung liefert. Etwas kryptisch formuliert ist daher das Fazit: „Die Verknüpfung von Geld und Schulden ist kompliziert, intransparent und wird nur von ganz Wenigen richtig verstanden“ (49). Wer diese „ganz Wenigen“ sind, bleibt offen. Und ob die vom Autor angedachte Entwirrung der „unseligen Verknüpfung“ (54) von Schulden und Geld etwas Substanzielles zur Lösung dieser Problematik beitragen kann, bleibt so lange eine offene Frage, bis sie durch die Praxis beantwortet ist. Insofern ist der Vorschlag zur Einführung eines „schuldenfreien Geldes“ hypothetisch zu sehen, als ein möglicher Ausweg. Es gibt bisher darüber keine Gewissheit. Vielleicht ist es die Lösung. Vielleicht

<sup>1</sup> Vgl. Deutsche Bundesbank, die Rolle von Banken, Nichtbanken und Zentralbank im Geldschöpfungsprozess, in: Monatsbericht April 2017, S. 15-36.

<sup>2</sup> Joseph A. Schumpeter: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung [1911], Berlin 1997, S. 109.

aber blockieren die in diesem Ansatz implizierte Verteufelung der Schulden und der Rekurs auf das Münzgeld als „Vorbild“ für ein neues Geld (59) auch die Suche nach der richtigen Lösung!

Die folgenden Kapitel sind der Erläuterung und Propagierung des o.g. Vorschlags gewidmet. Dabei wird es immer dann problematisch, wenn der Autor für komplizierte und komplexe Sachverhalte „einfache“ Lösungen anbietet. So plädiert er für „eine grundlegende Reform des Geldes durch eine einfache Umbuchung“. Dabei würden alle bisherigen Verbindlichkeiten „gelöscht“ werden und es würde ein „Einmalgewinn in Höhe der gesamten Giralgeldmenge“ anfallen, der zur Tilgung der Staatsschulden eingesetzt werden könnte (70ff.). Dieser auf den ersten Blick zweifellos bestechende Gedanke wird von den Vollgeld-Reformern seit längerem immer wieder vorgetragen, argumentiert und propagiert. Leider aber ist es bisher nicht gelungen, die Fachwelt davon zu überzeugen und so etwas wie eine Massenwirksamkeit dieser Idee zu entfesseln. Ganz im Gegenteil: Die Zweifel an der theoretischen Stringenz und Praktikabilität des Konzepts<sup>3</sup> sind trotz ausgebauter Argumentation nicht behoben und seine Protagonisten laufen Gefahr, trotz zutreffender Analysen, was die Dysfunktionalität des bestehenden Geldsystems anbetrifft, zu einer reformerischen Sekte zu werden, die von der *scientific community* ignoriert wird.

<sup>3</sup> Vgl. Ulrich Busch: Vollgeld – Geld der Zukunft oder monetäres Experiment à la John Law? In: Berliner Debatte Initial 27 (2016) 1, S. 113-129.

Dem wäre durch eine breite Debatte über das Vollgeld-Konzept entgegenzuwirken. Das vorliegende Buch fordert dazu heraus und bietet dafür eine hervorragende Grundlage.

Ulrich Busch

## Proletarische Perspektiven

*Simon Schaupp: Technopolitik von unten. Algorithmische Arbeitssteuerung und kybernetische Proletarisierung, Matthes & Seitz, Berlin 2021, 352 S., 20 Euro*

Der Autor will zeigen, wie Beschäftigte verschiedener Branchen mit Digitalisierungsprozessen am Arbeitsplatz umgehen und sich gegen damit einhergehende Zumutungen zur Wehr setzen. Das Buch basiert auf seiner Dissertation (bei Oliver Nachtwey) und ist im Kontext arbeitssoziologischer Diskussionen um Digitalisierung zu verorten. Schaupp argumentiert mit starker Haltung und kann auf beeindruckend umfassendes empirisches Material zurückgreifen.

Anhand von vier Intensivfallstudien untersucht er Konflikte um Technologieinsatz im Arbeitsprozess. Genauer geht es um algorithmische Steuerung manueller Arbeit. Dazu hat er zwei „Unternehmen der sogenannten Industrie 4.0“ (16) und zwei „Lieferlogistik-Plattformen“ (286) beforcht. Bei einem Plattformunternehmen für Essenslieferungen arbeitete Schaupp fünf Monate als Radkurier. Bei einem mittelständischen Maschinenbauer war er „jeweils vor und nach der Implementierung eines digitalen Arbeitsleitsystems an einer Montagelinie“ (16) beschäftigt. Die Studien folgen einer ethnographischen und dialogi-

schen Herangehensweise. Die Haltung des Buchs ist parteiisch für die Lohnabhängigen und wird gut begründet. Schaupp sieht seine Forscherrolle auch darin, „im Dialog mit den Beschäftigten und Betriebsrät:innen systematische Analysen über die Verschiebung betrieblicher Machtressourcen im Zuge der Digitalisierung anzustellen“ (300).

Digitalisierung im Betrieb bedeute Polarisierung. Wenigen hochqualifizierten und gutbezahlten Beschäftigten stehe die Abwertung ganzer Beschäftigtengruppen und deren Tätigkeiten gegenüber. Zu letzteren zählten insbesondere Arbeiten, bei denen Aufgaben von Computern zugewiesen werden. Weil menschliche Vorgesetzte dabei kaum noch mit den Arbeiterinnen interagierten, spricht Schaupp von algorithmischer Arbeitssteuerung. Sie mache „den Kern des aktuellen Schubs der Technisierung von Arbeit“ (20f.) aus und sei flexibler und billiger als Automatisierung mittels Robotik. Viele sähen darin eine technische Antwort auf stagnierende Wachstumsraten („technological fix“). Die softwaregestützte Anleitung ist (arbeits-)politisch umkämpft: Beschäftigte seien dementsprechend weder technischen Entwicklungen noch Management ausgeliefert, sondern strategiefähige Akteur\_innen.

Von Michael Burawoy ausgehend entwickelt Schaupp das Konzept der Technopolitik. Es dient als Analyse-rahmen, der „Technologie im Produktionsprozess als Produkt politischer Aushandlungen“ (285) begreift. Diese Aushandlungen finden auf drei Ebenen beziehungsweise in drei Arenen statt: Regulation, Implementierung und Aneignung. Schaupp legt den Fokus auf

eine „Technopolitik von unten, also der Frage danach, welche Strategien und Praktiken Beschäftigte im Umgang mit der algorithmischen Arbeitssteuerung entwickeln und wie sie deren Ausgestaltung beeinflussen“ (74).

Jede Arena habe ihre Eigenlogik, sodass Konflikte unterschiedlich auftreten und ausgefochten würden. Zwischen ihnen bestünden daher auch konflikthafte Wechselbeziehungen (Inter-Arenen-Konflikte). In der Arena der Regulierung streiten Staat und Interessenverbände um den institutionellen Rahmen von Produktionstechnologie. Schaupp attestiert den (Industrie-)Gewerkschaften hier einen „Technokorporatismus 4.0“ (107). Sie könnten den digitalen Wandel zwar mitgestalten, aber nur im Rahmen einer prinzipiellen Zustimmung zu Projekten der Arbeitgeberseite. Dies führe bei Beschäftigten zu einer Entfremdung von Gewerkschaften und sinkender Kampfbereitschaft. In der Plattformlogistik finde sich hingegen aktuell ein antagonistisches Modell gewerkschaftlicher Technopolitik, da eine „ Vernachlässigung durch Staat und Gewerkschaft“ (118) zu Selbstorganisation geführt habe. Der Schritt von Entfremdung zu antagonistischer Selbstorganisation wird leider nicht ganz plausibel. Hier zeichnet sich eine operaistische bis anarchosyndikalistische Stoßrichtung ab. Schaupp sympathisiert mit Betriebsgruppen und der Basisgewerkschaft FAU. In der Arena der Implementierung seien volkswirtschaftliche Fragen und technische Machbarkeit nur indirekt relevant. Entscheidend sei Profit. Implementierte Technologien seien Ausdruck der Kräfteverhältnisse im Betrieb. Schaupp stellt vor allem ein Modell

feedbackgesteuerter Selbstkontrolle und -optimierung der Beschäftigten und datenbasierten Automatisierung fest, bei der im Arbeitsprozess produzierte Daten als Basis künftiger Automatisierung dienen sollen. Diese Daten produzierten die Beschäftigten perfider Weise selbst. In der Aneignungsarena geht es um die „tatsächliche Verwendung der digitalen Technologien auf organisationskultureller Ebene“ (290). Den Beschäftigten gelinge es „trotz aller technischen, betrieblichen und institutionellen Hindernisse Solidaritätskulturen aufzubauen“ (209). Schaupp entwirft ein Modell von aufeinander aufbauenden Widerstandspraktiken, das von organisationalen Subkulturen über technologischen Ungehorsam zu technopolitischer Selbstorganisation reicht.

Materialreich und interessant werden unterschiedliche widerständige Praktiken aufgezeigt. Beispielsweise manipulieren Radkurier:innen GPS-Signale, um den Schichtbeginn zu verzögern und Beschäftigte eines Logistikunternehmens nutzen die Vulnerabilität digitalisierter Lean Production aus. Wenn allerdings im Kapitel über „kollektive Aneignungspraktiken“ ein humoristischer Umgang mit implementierten Technologien als „die zentrale kulturelle Praxis einer kritischen Technokultur“ (239) bezeichnet wird, wirkt das heroisierend und euphemistisch. Das hat mit Schaupps Begriff der Aneignung zu tun, bei dem es mehr um Interpretation und In-Akt-Setzen von Technologien geht als um Eigentumstitel: Technologien seien demnach zwar nicht beliebig, aber doch vielseitig einsetzbar. Gleichwohl kritisiert er eine verengte Interaktionsperspektive

und betont soziale Kontexte, insbesondere betriebliche Herrschaft. „Der organisierte Einsatz von Technologie am Arbeitsplatz wird in erster Linie durch organisationale Hierarchien bestimmt, also weniger durch die unmittelbaren Interpretationen der Nutzer:innen selbst als vielmehr durch deren Vorgesetzte, die in der Lage sind, eine bestimmte Nutzungsweise anzuordnen. Daher impliziert die ‚Un-treue‘ gegenüber den in einer bestimmten Technologie verankerten Strukturen auch eine Form von ‚organisationalem Ungehorsam‘.“ (192) Den ersten Satz sollte sich jede:r Techniksoziolog:in notieren.

Die zeitdiagnostische These des Buchs wird mit dem Begriff der „kybernetischen Proletarisierung“ formuliert. Schaupp verwendet einen arbeitssoziologischen Proletarisierungsbegriff, der „den Arbeitsprozess als zentralen Ort der Proletarisierung“ (249) begreift und Qualifikation, Lohnniveau, betriebliche Herrschaft sowie politische Handlungsfähigkeit berücksichtigt. Kybernetische Proletarisierung bezeichnet eine „zyklische Dynamik“ (245) von Abwertungsprozessen und intensivierten technopolitischen Konflikten. Vergangene Konflikte setzen dabei die Rahmenbedingungen für aktuelle Technopolitik. Die Analyse ist von Ambivalenzen geprägt. Es drohe zwar keine technologische Arbeitslosigkeit. Stattdessen wechselten sich Phasen „von Verdrängung und Reintegration menschlicher Arbeitskraft“ (262) ab. Produktionswissen gehe von den Beschäftigten auf Technologien über. Das alles lege nahe, dass „Dequalifizierungsstrategien bei der Digitalisierung eine deutlich größere Rolle spielen, als in der arbeitssoziolo-

gischen Digitalisierungsforschung üblicherweise angenommen wird“ (289). Vorstellungen vollständiger Kontrolle und Vereinzelung der Arbeiter:innen entsprächen jedoch nicht der Realität und Strategien der Kapitalseite ließen sich in keiner Arena kritik- und widerstandslos durchsetzen. Im Gegenteil, in der Aneignungsarena wird gar mit harten Bandagen gekämpft. Digitale Infrastrukturen könnten dafür neue Machtressourcen bereitstellen. Unter den Beschäftigten gebe es auch viel Hoffnung auf mehr Transparenz und Partizipation mittels digitaler Technologien. Im Transparenzfetisch, vermeintlicher Internationalisierung und Partizipationsversprechen schimmert der entpolitisierte Technikutopismus der kalifornischen Ideologie durch. Schaupp hält dennoch daran fest, „dass es keine technischen Abkürzungen für eine Technopolitik der Beschäftigten gibt, die um einen Machtaufbau von unten herumführen würden“ (281). Vertrauen und Verbindlichkeit könnten nicht durch neue Kommunikationskanäle substituiert werden.

*Christian Meyer*

## **Demokratiethorie und -analysen**

*Andreas Fisahn: Repressive Toleranz und marktconforme Demokratie. Zur Entwicklung von Rechtsstaat und Demokratie in der Bundesrepublik. Mit einem Geleitwort von Heribert Prantl. PapyRossa Verlag, Köln 2022, 709 S., 39 Euro.*

Wenn Heribert Prantl, bekanntermaßen die moralisch-politisch spitze Feder der „Süddeutschen Zeitung“, ein Geleitwort zu einem Buch beisteuert,

darf man gespannt sein. Tatsächlich pflicht Prantl dem Autor Andreas Fisahn, Professor für Öffentliches Recht und Rechtstheorie an der Universität Bielefeld, einige Vorschusslorbeeren. Nach zuletzt drei Büchern zur Staatstheorie und zum Verhältnis von Staat, Recht und Demokratie<sup>1</sup> erschien nun der 709 Seiten starke Band „Repressive Toleranz und marktconforme Demokratie“, in welchem Fisahn die Entwicklungstendenzen von Rechtsstaat und Demokratie analysiert und bewertet. Richtig zu lesen: Rechtsstaat einerseits, Demokratie andererseits. Eine Zusammenlegung von Demokratie und Rechtsstaat als Synonyma vermeidet er konsequent, genau wie es nie eine Kongruenz von Demokratie und „freiheitlich-demokratischer Grundordnung“ gab. Damit weitet Fisahn das analytische Blickfeld. Und so resümiert Prantl: „Dieses Buch ist eine Denk- und Fundgrube“. (13)

Fisahn teilt seine überaus umfangreiche und faktenge sättigte Auseinandersetzung in die zwei Großkapitel „Rechtsstaat“ (S. 21–304) und „Demokratie“ (S. 305–644). Es folgen abschließend das Literaturverzeichnis (645–659) und der opulente Anmerkungssapparat (661–709) mit exakt 1167 Endnoten. Den Autor beschäftigt die Frage, „ob Rechtsstaat und Demokratie ihre Substanz verlieren,

<sup>1</sup> Vgl. Andreas Fisahn: Die Saat des Kadmos. Staat, Demokratie und Kapitalismus, Münster 2016; ders.: Staat, Recht und Demokratie. Eine Einführung in das politische Denken von Marx und Engels, Köln 2018; Ridvan Ciftci/Andreas Fisahn (Hrsg.): Nachgelesen. Ein und weiterführende Texte zur materialistischen Theorie von Staat, Demokratie und Recht, Hamburg 2019.

ob gar die Entwicklung hin oder zurück zu einem autoritären Kapitalismus angebrochen ist.“ (S. 17) Dem geht er vornehmlich aus der Perspektive des Rechtswissenschaftlers vor dem Hintergrund der Entwicklung der Gesetzgebung und der Rechtsprechung nach. Dabei verortet F. seine Untersuchungsperspektive zwischen den für ihn fragwürdigen Verfallstheesen zu Rechtsstaat und Demokratie und der dieser entgegengesetzten Apologetik als Erfolgsgeschichte. Er periodisiert den Untersuchungszeitraum in eine fordistische und in eine neoliberale Entwicklungsphase der Bundesrepublik und kommt dabei zu differenzierten Befunden ausgehend von der Annahme, „dass sich die kapitalistischen Zentren nach der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2009 auf den Weg zu einem neuen Akkumulationsmodell gemacht haben, das wahrscheinlich mit einer neuen politischen Form verbunden ist.“ (25) Das korrespondiert mit der Frage nach dem autoritären Kapitalismus. Begriffsklärungen in deskriptiver und definitorischer Hinsicht schließen sich an (Rechtsstaat, Demokratie, Fordismus, Neoliberalismus) und geben zugleich wertvolle historische Aufschlüsse, die auch diskursgeschichtlich unterlegt werden. Dabei gelangt F. zu der Feststellung, dass allen Verfallsnarrativen trotzend der Rechtsstaat liberaler wurde, gerade weil gesellschaftliche Entwicklungen, sich vom Fordismus entfernend, die Jurisdiktion veränderten, obwohl personelle Elitenkontinuitäten aus der NS-Zeit bis in die Bundesrepublik hinein bestanden. Viele Beispiele aus der Rechtsprechung werden dafür angeführt, z.B. zur Homosexualität oder

„Kuppelei“, zum Familienrecht, zur Züchtigung etc. Ausnahme: der Schwangerschaftsabbruch im StGB. Die Liberalisierungstendenz des Rechtsstaats gilt durchaus auch im Politischen, wenn z.B. in Sachen KPD/DKP die politische Verfolgung beendet wurde, nicht aber die politische Repression (Berufsverbote etc.). Das Demonstrationsrecht betreffend sieht F. sogar eine Pflichtverletzung des Gesetzgebers gegenüber den Vorgaben des BVerfG. (154) Ambivalenter stellt sich für ihn die „Informativ- und materielle Aufrüstung der Sicherheitsbehörden“ dar: eindeutigen Verschärfungen im StGB stehen als Gegenteilendungen die zunehmende Bedeutung von Geld- gegenüber Freiheitsstrafen oder die Möglichkeiten zur Verfahrenseinstellung vice versa. Die Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit bedeutet nicht eo ipso eine Verschärfung der Gesetzeslage. Eine rechtsstaatliche Verfallstendenz lässt sich F. zufolge auch nicht zwangsläufig wegen „Doppelter Standard(s) im Rechtsstaat“ in Zeiten des Neoliberalismus nachweisen. Insgesamt werden bis in die Tagesaktualität hinein Fälle einbezogen, die den aufmerksamen Zeitgenoss\*innen präsent sein dürften, was die Lektüre juristischer Sachverhalte ungemein transparent macht. Dem Bezugstitel „Repressive Toleranz“ kann gefolgt werden. Problematischer stellt sich die Lage der Demokratie als „marktkonforme(r) Demokratie“ dar. F. diagnostiziert eine Krise der Repräsentation. Seit Mitte der 1980er Jahre sinken Wahlbeteiligung, besonders in der ökonomisch schwächeren Bevölkerung, als auch der Organisationsgrad in Parteien, Gewerkschaften und Kirchen. Besonders SPD

und CDU verloren rund jedes zweite Mitglied. (312f) Die soziale Zusammensetzung der Parlamente und der Bevölkerung klaffen immer weiter auseinander, sodass inhaltliche Repräsentationslücken entstanden sind. (325) F. sieht sowohl einen Demokratieverfall als auch Entleerungen und Substanzverluste der Demokratie. (331) Die Gewaltenteilung wird durch die Exekutive ausgehöhlt, Eliten, Lobbyismus und ökonomische Macht tragen dazu bei. Auch das Zusammenspiel von Politik und Medien als Bestandteile des Hegemonieapparats werden kritisch reflektiert. Insgesamt stellt F. einen Machtverlust der Legislative fest, vorangetrieben auch durch das Wirken supranationaler Kontexte wie der EU und der NATO etc. Jüngstes Beispiel dafür war sicherlich der Bundestagsbeschluss zum „Sondervermögen“ zur Aufrüstung, der die von der NATO gesteckten Haushaltsziele in Windeseile nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine umsetzte. Als Ergebnis dieser supranationalen Einwirkung und der ebenfalls betrachteten Globalisierung sieht F. die „marktkonforme Demokratie“. (540 ff.) Dahinter verbirgt sich eine reale Entdemokratisierung zugunsten der wirtschafts- und geopolitischen Orientierungen der EU, zu sehen u.a. am „Europäischen Stabilitätsmechanismus“, der den nationalen Parlamenten das „Königsrecht“ der Budgetsouveränität zu entwenden versucht, um es bei der EU anzusiedeln. In der Tendenz führt dies zu einem autoritäreren Regierungsmodell, wie in Ungarn, Polen etc. zu erkennen ist. F. nennt diese Entwicklung noch nicht Autoritarismus, sondern „halbiertes Rechtsstaat und illiberale Demokratie“. (583 ff.)

Welche Perspektiven besitzen dann Demokratie und Rechtsstaat? Gefahren gehen nicht nur von „Big Data“ aus oder von der Macht der Monopole, sondern auch von den realen Krisen der Gegenwart, die durch weitere Abschottung von Bevölkerung und Repräsentation über Experten zu bewältigen gesucht werden: Die Coronakrise lässt grüßen. Schwerwiegender noch dürfte sich die Klimakrise auswirken, die die Spielräume demokratischen Aushandelns weiter einschränken kann. Hier ist F. skeptisch. Wo solidarisches und demokratisches Agieren unbedingt geboten ist, gerät es in Konkurrenz zum Regieren im „Notstandsmodus“ in globaler Perspektive. Es gilt, die Demokratie zu verteidigen gegen ein neues Akkumulationsregime, das autoritäres Regieren bevorzugt wird. Heribert Prantl nennt Fisahn einen „optimistischen Pessimisten“ und schreibt: „Die Kraft der Hoffnung steckt nicht im billigen, nicht im blinden Optimismus. Sie beginnt damit, dass man das Unglück und das Unheil beschreibt, ihm aber nicht den totalen Zugriff erlaubt.“

*Holger Czitrich-Stahl*

## **Für ein ökosozialistisches Übergangsprogramm**

*Jakob Schäfer: Die Warengesellschaft und die Herausforderung der multiplen Krise, new academic press, Wien 2022. 17,50 Euro*

Schäfers Buch behandelt folgende Fragen:

- Vor welchen Herausforderungen stehen wir?
- Was ist „das Grundübel, das zu der sich verschärfenden katastro-

phalen Lage geführt hat und diese ständig verschlimmert?

- Wer kann diese Entwicklung stoppen?
- Was sollte an die Stelle des verheerenden Systems treten?
- Welche Strategie ist geeignet, die drohende Katastrophe noch abzuwenden?

Schäfer stellt am Anfang vor allem die ökologischen Probleme dar und erinnert daran, dass sie schon seit Jahrzehnten bekannt und untersucht sind. Er greift dabei auf Ökologie-„Klassiker“ wie die Meadows und Frederic Vester zurück. Wesentliche Ursache der zunehmend katastrophalen Entwicklung ist laut Schäfer der Kapitalismus. Wenn der weiterbesteht, sei die Katastrophe unabwendbar: „Aufgrund des kapitalistischen Wachstumszwangs kann eine Umkehr nur auf einer antikapitalistischen Grundlage gelingen, also mit dem Ausstieg aus der Warengesellschaft. Deshalb führt für eine Umkehr kein Weg an der Enteignung des Kapitals und aller Profiteure dieses Systems vorbei.“ Dreh- und Angelpunkt des Problems sei die Warenproduktion:

„Nur das (Groß-)Kapital abzuschaffen (zu enteignen), wird für die Durchsetzung einer menschlichen und gleichzeitig rationalen Gesellschaftsordnung nicht ausreichen, weil sich mit der Fortexistenz der Ware recht schnell wieder Ungleichheit und neue Klassenunterschiede herausbilden.“ Womit das Konzept einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ (vertreten etwa von Klaus Dörre) als Lösung für die anstehenden Probleme ausscheidet.

Die Alternative ist für Schäfer eine demokratisch geplante Güter (nicht:

Waren) produzierende Wirtschaft.

Anschließend stellt Schäfer seinen „philosophisch-anthropologischen Kompass“ dar: die „philosophisch-anthropologische Ausgangsbasis für die Annahme, dass eine so grundlegende Umgestaltung der Gesellschaftsordnung überhaupt möglich ist.“ Hierbei bezieht Schäfer sich auf Marx‘ Analyse des Ist-Zustands der Gattung Mensch in den „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten“ – die Teilung der Gesellschaft in Klassen mit gegensätzlichen Interessen, die Entfremdung der fremdgesteuert arbeitenden Menschen und das gestörte Verhältnis der Menschen zur Natur. Mit Marx geht Schäfer davon aus, dass die Menschheit erst dann „zu sich selbst findet, wenn sie nicht durch Umstände, die sich hinter ihrem Rücken durchsetzen (also durch das Wertgesetz in der verallgemeinerten Warenproduktion), daran gehindert wird, über ihr Zusammenleben und ihr Verhältnis zur Natur zu bestimmen.“

Da heutzutage „die Skepsis groß ist, ob man *außerhalb* einer auf der Warenwirtschaft basierenden Gesellschaftsordnung überhaupt miteinander auskommen kann“, geht Schäfer auf (nur wenig bekannte) neuere anthropologische Forschungen über egalitäre Gesellschaften der Vergangenheit und Gegenwart ein, die zeigen, dass es möglich ist, ohne Hierarchien, ohne Herrschaft, zu leben.

Schäfer erklärt: „Die objektive Lage ist dadurch gekennzeichnet, dass die Herrschenden mit den wachsenden Problemen nicht fertig werden. Auf der objektiven Ebene also sind die Verhältnisse reif für eine Revolution. Das Bewusstsein breiter Schichten und

ihre Kampfbereitschaft hingegen werden dieser Lage – das heißt der großen Herausforderung, vor der die Menschheit steht – nicht gerecht.“

Die Kluft zwischen dem aktuell Machbaren und dem objektiv Nötigen – das ist der inhaltliche Schwerpunkt von Schäfers Buch, und das unterscheidet es von anderen Publikationen zur drohenden Klima-Katastrophe.

Zur Überwindung dieser Kluft werden verschiedene Wege vorgeschlagen und besprochen:

- So gibt es etwa den Versuch, populistisch mit Parolen wie der von dem „einen Prozent (der Super-Reichen) gegen die neunundneunzig Prozent“ (Sahra Wagenknecht) eine Bewegung aufzubauen.

Dazu Schäfer: Hier wird „auf eine ernsthafte Analyse der kapitalistischen Gesellschaft verzichtet. So kann die wirkliche – zerstörerische – Dynamik des Kapitalismus nicht erfasst und vermittelt werden.“

- Weiter gibt es die offenkundig aussichtslosen Versuche, als isolierte Kleingruppe einen Privatkrieg mit dem Staatsapparat zu führen.

- Sodann gibt es das Praktizieren von Entrismus in der Partei „Die Linke“, häufig verbunden mit der Orientierung auf ein „rebellisches Regieren“.

Dazu Schäfer: „Damit wird die Position vertreten, man könne von oben herab die Verhältnisse ändern.“ Doch diese Vorstellung, eine linke Kraft könne die Regierung übernehmen und dann stückchenweise die Macht der Elite zurückdrängen, widerspricht – so Schäfer – allen Erfahrungen der Geschichte. Das bisher letzte lehrreiche Beispiel ist die Syriza-Regierung.

- Schließlich gibt es Versuche, explizit „Abschied vom Proletariat“ zu nehmen. Bruno Kern z. B. hält das Proletariat für unverbesserlich konterrevolutionär und glaubt, ein sparsamerer Konsum könne die Welt retten.

Dazu Schäfer: „Mit Konsumboykott lassen sich nicht alle Räder stillstellen, mit Streiks aber sehr wohl. Es ist kein Zufall, dass Kern gerade diejenigen Kampfformen nicht aufführt, die die größte Durchschlagskraft haben. Mit keinem Wort tauchen bei ihm die Kampfmittel auf, die sich im Verlauf der bald zweihundertjährigen Geschichte antikapitalistischer Kämpfe als die wirkungsvollsten erwiesen haben, nämlich Streiks (vor allem Generalstreiks) und Betriebsbesetzungen.“

Es führt – so argumentiert Schäfer – kein Weg daran vorbei, „den mühevollen Weg der Entwicklung bzw. der Förderung der Eigenaktivität der Arbeiter\*innenklasse (also des Klassenkampfes von unten)“ zu gehen. Nur dann kann sich die Machtfrage stellen, und das ist die zentrale Voraussetzung, um anschließend die Wirtschaft umbauen zu können. Alle Anstrengungen, die diesen Weg nicht gehen, sind – so Schäfer – zum Scheitern verurteilte Abkürzungsversuche.

Schäfer fragt, welche Art von Programm Aussicht auf Erfolg haben könnte. Nicht geeignet für die Eroberung der wirtschaftlichen und politischen Macht durch die Arbeiter\*innenklasse ist, wie Schäfer klar macht, ein „Reformprogramm, das den Kapitalismus reformieren oder ihn scheinbarweise (zudem mit einer Politik von oben) überwinden will. Weder hat die Menschheit Zeit für einen langwierigen ‚Reformprozess‘, noch

haben graduelle Veränderungen von Wirtschaft und Staat jemals zu einem Systemwechsel geführt. Die Besitzenden und Profiteure des Kapitalismus werden nicht friedlich zuschauen, wie man ihren Reichtum konfisziert und ihren weiteren Bereicherungsbestrebungen Stück um Stück die Grundlage entzieht.“ Hilfreich ist aber auch kein „Maximalprogramm“, das in einer sofortigen Konfrontation die Machtfrage stellen will.

Entscheidend zur Veränderung von politischen Kräfteverhältnissen ist, dass die verbreitete „TINA“ (There Is No Alternative)-Einstellung durchbrochen wird, sodass wieder wichtige Auseinandersetzungen gewonnen werden. Gebraucht wird somit ein Programm, das die Kluft zwischen dem aktuellen Bewusstsein breiter Bevölkerungsschichten und der großen Herausforderung, vor der die Menschheit steht, zu überwinden vermag. In der Geschichte der kommunistischen Arbeiterbewegung wurde zur Überwindung dieser Kluft vom IV. Kongress der Kommunistischen Internationale (1922) ein Konzept entwickelt, das – außer bei den Trotzkisten – in Vergessenheit geraten ist: das Programm der „Übergangsforderungen“.

Für ein heutiges ökosozialistisches Übergangsprogramm listet Schäfer in seinem Buch viele konkrete Forderungen auf und erläutert sie, ohne den Anspruch zu erheben, damit ein vollständiges Übergangsprogramm für den Kampf gegen den Klimawandel zu liefern. „Dreh- und Angelpunkt eines antikapitalistischen Systemwandels ist und bleibt die Herausforderung der Macht des Kapitals in den Betrieben.“ Es muss – so Schäfer – in den anstehenden Klassenkämpfen (sie sind die

elementare Voraussetzung für die systematische Aufklärung und Argumentation in breiteren Schichten der Arbeiter\*innenklasse) deutlich werden, „dass es zur sich abzeichnenden Barbarei nur eine Alternative gibt: den Ökosozialismus“; und dass dafür ein radikaler Bruch, ein Systemwechsel, notwendig ist: „Die herrschende Klasse muss enteignet und ihre politische Macht gestürzt werden. Nur dann können die von unten her aufzubauenden Gegenmächte eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung aufbauen. Für diese Strukturen eignen sich am besten Räte bzw. räteähnliche Strukturen.“

Schäfer empfiehlt als zentrale strategische Orientierung die Forderung: „Arbeiterkontrolle über die Produktion“. Im Prozess der revolutionären Bewusstwerdung nimmt sie eine Schlüsselstellung ein, so in Italien nach dem Ersten Weltkrieg, in Spanien in den 1930er Jahren, in Frankreich im Mai 1968, in Italien 1969, in Chile Anfang der 1970er Jahre oder in Argentinien 2001–2002 – „und zwar fast immer in Verbindung mit dem Rätegedanken sowie mit dem Bestreben nach (bewaffneter) Selbstverteidigung.“

Zum Schluss geht Schäfer von der allgemeinen Strategie zur täglichen Praxis über und plädiert für ein Programm „gesellschaftlicher Aneignung“: für Kämpfe mit dem Ziel einer „Überwindung der Ware, des Wertgesetzes und der Lohnabhängigkeit“. „Damit ist zwar noch kein Sozialismusmodell umrissen und auch die konkrete Verbindung mit den betrieblichen Kämpfen bleibt noch vage, aber ein wesentliches Element für die Infragestellung des Kapitalismus ist darin enthalten“: Das Tabu der Eigentumsfrage wird

durchbrochen. „Die Maxime muss lauten: Die Welt gehört den Menschen und sie müssen selbst über die Art und Weise ihres Zusammenlebens bestimmen. Die Interessen der großen Mehrheit sind entscheidend, nicht der Bereicherungswille der Kapitaleigner\*innen und der sonstigen Reichen.“ Es geht um die Durchsetzung von Kontrollmacht durch die betroffenen Menschen – etwa beim Kampf gegen den Vorrang des privaten Autoverkehrs, gegen den Mangel an ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum, gegen die Macht der Pharmakonzerne, der Medizintechnik-Unternehmen und der Krankenhauskonzerne...

Fazit: Schäfers Buch bringt die Klärung offener Fragen einer Strategie zur Abwendung der drohenden Klimakatastrophe voran. Hilfreich fände ich, wenn Schäfer die im Anhang seines Buches abgedruckte Resolution „Ökosozialistische Revolution oder Klimakatastrophe“ der belgischen Gauche anticapitaliste von 2019 ergänzen würde um die Programmpunkte, die er in seinem Buch vorschlägt und entwickelt. Das wäre, scheint mir, ein hilfreicher Beitrag zu dem dringend erforderlichen, bisher aber nur in Ansätzen vorliegenden ökosozialistischen Übergangsprogramm.

*Johann-Friedrich Anders*

## **Überausbeutung migrantischer Arbeiter und Arbeiterinnen**

*Peter Birke: Grenzen aus Glas. Arbeit, Rassismus und Kämpfe der Migration in Deutschland, Mandelbaum Verlag, Wien 2022, 398 S., 27 Euro*

Die als Buch veröffentlichte Habilita-

tionsschrift des Historikers Peter Birke, der am Institut für Soziologie der Universität Göttingen und als Redakteur der Zeitschrift *Sozial. Geschichte Online* arbeitet, ist eine Pflichtlektüre, wenn man sich ein Bild von der Lage der arbeitenden Klasse in der deutschen Fleischindustrie und im Onlineversandhandel machen will. Die Überausbeutung von Lohnabhängigen mit Migrationsgeschichte in beiden Wirtschaftssektoren ist zwar mittlerweile ein Pfeiler des deutschen Kapitalismusmodells und über die letzten Jahre durchaus medial und politisch diskutiert worden. Wissenschaftlich erforscht ist sie aber kaum. In diese Lücke stößt der Autor mit seinem Buch. Es eröffnet hoffentlich überfällige Debatten nicht nur über Arbeitsmigration, ihre utilitaristische Regulierung und wie deutsche Kapitalfraktionen von beiden profitieren, sondern auch über Strategien des Klassenkampfes, die die Besonderheiten der Arbeitsmigranten berücksichtigen, ohne Klassenpolitik auf die überausgebeuteten Fraktionen zu reduzieren. Birkes Studie basiert auf 64 Gesprächen mit 74 Personen, die in der Fleischindustrie und dem Onlineversandhandel arbeiten und deren überwiegende Mehrheit Lohnarbeiter aus dem EU-Ausland oder aus sogenannten Drittstaaten sind. Ergänzt wurden diese um teilnehmende Beobachtungen, Experteninterviews und Betriebsbesichtigungen. Die Erhebungen fanden in drei unterschiedlich großen Betrieben der Fleischindustrie in Niedersachsen und in zwei Distributionszentren des Onlineversandhandels in Nord- und Süddeutschland statt.

Der Hauptteil des Buchs ist der Analyse der Arbeits- und Lebensverhält-

nisse migrantischer Arbeiter in den beiden Wirtschaftszweigen vor der Coronapandemie gewidmet. Der Autor zeichnet die Arbeits- und Lebensbedingungen von der Anwerbung bis zur Arbeit im Betrieb detailliert nach. Dass die Beschaffung der Arbeitskräfte berücksichtigt wird, ist eine weitere Besonderheit der Studie. In der Fleischindustrie werden vor allem gezielt Arbeiter aus dem EU-Ausland mithilfe von Vermittlern rekrutiert. Der Onlineversandhandel setzt hingegen auf das selbständige Anheuern von Migranten mit unsicherem Aufenthaltsstatus aus ärmeren Stadtteilen von Großstädten mittels Diversitätsversprechen und sozialwissenschaftlich anmutenden Auswahlverfahren. Birke legt hier die unterschiedlichen Unternehmensstrategien offen, rechtlich und politisch schlechter gestellte Arbeitskräfte für einfache Arbeiten im Niedriglohnsektor mit schlechten Arbeitsbedingungen zu gewinnen und durch deren kontinuierlichen Neuzusammensetzung kollektive Gegenwehr zu unterminieren, noch bevor sie entstehen kann. Der selektiven Rekrutierung auf dem Arbeitsmarkt entspricht die selektive Integration der Arbeitskräfte in den Arbeitsprozess und dementsprechend in hochgradig fragmentierte und hierarchisierte Belegschaften und Arbeitsteilungen in den Betrieben. Deren Aufrechterhaltung wird durch rassistische Ideologien gestützt. Fragmentierung, Hierarchisierung und „Rassifizierung“ (153) der Beschäftigten kritisiert der Autor als Mittel der Herrschaft und Kontrolle im Ausbeutungsprozess. Der Modus, politisch-kulturelle Differenzen für die Mehrwertproduktion und Durchsetzung der Despotie in der

Produktion zu nutzen, unterscheidet sich aber. In der Fleischherstellung wurden bis 2021 verschiedene Gruppen migrantischer Werkvertragsarbeiter für spezifische Arbeitsschritte von der Schlachtung bis zur Weiterverarbeitung unter offener Bezugnahme auf ethnische und geschlechtliche Differenzen und korrespondierende Elemente rassistischer und sexistischer Ideologien zusammengestellt. Im Onlineversandhandel ist die Fragmentierung nicht vergleichbar gruppenspezifisch institutionalisiert, gleichwohl zeitigt die individualisiertere Einteilung der Mitarbeiter dasselbe Ergebnis. Receivein, Stowen und Picken bleiben Arbeiten für migrantische Proletarier. Gleichzeitig unterscheiden sich die Formen der Steuerungen des Arbeitsprozesses. Während die Fleischunternehmer eher klassisch tayloristische Strategien verfolgten, griffen die Onlineversandhändler zu einer Kombination aus einer straffen digitalen Gesamtsteuerung gepaart mit individualisierten „Feedbacks“ (186).

Eine weitere wertvolle Besonderheit des Buchs ergibt sich daraus, dass Birkes Forschungszeitraum auch die ersten eineinhalb Jahre Coronapandemie umfasst. Das zweite große analytische Kapitel erstreckt sich auf diese Zeit zwischen 2020 und 2021. Somit legt der Autor auch eine der ersten empirisch untermauerten Abhandlungen über die Veränderungen der Arbeitsbeziehungen in der Fleischindustrie und im Onlineversandhandel vor. Hier zeigen sich auffällige Parallelen. Zu Beginn der Pandemie blieb den meisten Lohnabhängigen individuell nur das Dilemma zwischen erhöhtem Krankheitsrisiko und Verlust der Existenzgrundlage. Die Probleme ver-

schärften sich erstens durch die jeweiligen Arbeitsbedingungen, die einen wirksamen Schutz vor Covid-19-Infektionen nicht zuließen, so dass sich die Beschäftigten überdurchschnittlich infizierten. Zweitens konnte ebenfalls in beiden Sektoren eine gleichzeitige Intensivierung der Arbeit festgestellt werden. Drittens kam es zu – in der Form verschiedenen – Arbeitskämpfen. Der größte Unterschied zwischen den Wirtschaftszweigen bestand darin, dass die Fleischindustrie zunächst in eine Krise geriet und ihr Modell der Arbeitsbeziehungen reformiert wurde, während im Onlineversandhandel „business as usual“ (301) betrieben wurde.

Die Schwächen des Buchs und seine diskussionswürdigsten Aussagen finden sich im ersten Kapitel zum theoretisch-begrifflichen Rahmen der Studie sowie im Schlussteil. Birke operiert mit zahlreichen kritikwürdigen (post)operaistischen Annahmen. Seine Begriffe sind teils nicht überzeugend, wenn er etwa mit Luxemburg migrantische Arbeitskraft pauschal als das Ergebnis anhaltender ursprünglicher Akkumulation bzw. Landnahme begreift oder wenn er Migration als „transnational“ (76) in einem internationalen Staatensystem konzeptionalisiert. Der Autor nutzt auch die Spaltungen der Arbeiterklasse im Arbeitsprozess wenig überzeugend als Argument gegen deren, durch die Eigentums- und Produktionsverhältnisse negativ bestimmte Einheit im Verwertungsprozess. Das vielleicht größte Problem ist das Fehlen einer Theorie, mit der das Zusammenwirken sozio-ökonomischer Ausbeutung von und politisch-kultureller Herrschaft über migrantische Arbeitskräfte in Betrieb

und Gesellschaft auf den Begriff gebracht und mit der die Mikrophysik der Überausbeutung und Marginalisierung des migrantischen Teils der Arbeiterklasse als unreduzierbarem Teil der Makrophysik sozialer Ausbeutungs- und Herrschaftsbeziehungen im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts verstanden werden kann.

*Christian Stache*

## **Autorinnen und Autoren**

**Dr. Johann-Friedrich Anders** – Karlsruhe, Sozialwissenschaftler, Lehrer im Ruhestand

**Prof. Dr. Joachim Becker** – Wien, Ökonom und Politikwissenschaftler, a.o. Prof. Wirtschaftsuniversität Wien

**Dr. Jörg Berlin** – Hamburg, Historiker

**Dr. Stefan Bollinger** – Berlin, Historiker, Z-Redakteur

**Dr. habil. Ulrich Busch** – Berlin, Finanzwissenschaftler

**Dr. habil. Erhard Crome** – Berlin, Politikwissenschaftler, Geschäftsführender Direktor des WeltTrends-Instituts für Internationale Politik

**Dr. Holger Czitrich-Stahl** – Berlin, Historiker und Lehrer

**Dr. iur. Andreas Diers** – Bremen, Jurist und Historiker

**Dominik Feldmann**, M. Ed. – Olpe, Politikwissenschaftler, Z-Red.

**Prof. Dr. Georg Fülberth** – Marburg, Historiker

**Dr. Jörg Goldberg** – Frankfurt/M., Wirtschaftswissenschaftler, Z-Redakteur

**Michael Henkes** – Kassel, Student der Geschichtswissenschaft

**Luca Sebastian Karg** – Frankfurt/M., Student der Soziologie/Humanwissenschaften

**Prof. Dr. rer. oec. habil. Dieter Klein** – Berlin, Wirtschaftswissenschaftler, freier Mitarbeiter der Rosa Luxemburg Stiftung

**Maurice Laßhof** – Darmstadt, Student der Soziologie/Wirtschaftswissenschaften, Z-Redakteur

**Dr. André Leisewitz** – Weilrod, Dipl. Biol., Z-Redakteur

**Dr. Barbara Lietz** – Berlin, Politökonomin, ehem. MEGA<sup>2</sup>-Redakteurin

**John Lütten** – Hamburg, Soziologe und Doktorand, Z-Redakteur

**Dr. Gert Meyer** – Marburg, Historiker

**Christian Meyer** – Berlin, Soziologe und freier Journalist

**Jakob Migenda** – Darmstadt, Politikwissenschaftler, Campaigner bei Attac

**Prof. Dr. Klaus Müller** – Lugau, Wirtschaftswissenschaftler

**Prof. Dr. Norman Paech** – Hamburg Rechtswissenschaftler

**Paula Rauhala** – Tampere (Finnland), Doktorandin, Lehrerin Univ. Tampere, Redaktionsassistentin von Marx, Engels, and Marxism (Palgrave).

**Prof. Dr. Fritz Reheis** – Bamberg, Soziologe und Erziehungswissenschaftler, Hochschullehrer

**Lothar Reininger** – Frankfurt/M., Werkzeugmacher, Projektleiter Inter-Red, Vors. d. Club Voltaire

**Dr. Jürgen Reusch** – Frankfurt/M., Politikwissenschaftler, Z-Redakteur

**Dr. Herbert Rünzi** – Konstanz, Sozialwissenschaftler

**Prof. Dr. Werner Ruf** – Kassel, Politikwissenschaftler

**Willy Sabautzki** – Rosenheim, Dipl. Soz., Vorstand u. Redaktionsleiter des isw München

**Dr. David Salomon** – Dreieich, Sozialwissenschaftler, Z-Redakteur

**Dr. Christian Stache** – Hamburg, Sozial- und Wirtschaftshistoriker

**Willi van Ooyen** – Frankfurt/M., Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V., Vors. von InterRed

**Dr. Alexander von Pechmann** – München, Philosoph, Herausgeber von „widerspruch“

**Jürgen Wagner** – Tübingen, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisierung (IMI)

**Peter Wahl** – Worms, Sozialwissenschaftler und Romanist. Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac

**Dr. Gerhard Weiß** – Hamburg, Politikwissenschaftler

**Dr. Gerd Wiegel** – Berlin, Politikwissenschaftler, Fachreferent Rechts-Extremismus/Antifaschismus der Linksfraktion, Z-Redakteur